

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6400
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 RM. — Polzeitsungshilfe Nr. 3104

Inhalt:

Zum Internationalen Kongress. — Der Lohnkampf der Bremer Staatsarbeiter. — Der hamburgische Staat als Arbeitgeber. II. — Vaterländischer Streik in Mülhausen! — Zur Lage der Gemeindearbeiter in Stolberg. — Städtische Arbeiterfürsorge in Bayreuth. — Brief aus Barmen. — Aus dem Geschäftsbericht der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke für 1909. — Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1909. — Notizen für Gasarbeiter. — Salinenarbeiter. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Gerichts-Zeitung. — Mundschau. — Verbandsteil. — Feuilleton: Soziales von der Brüsseler Weltausstellung. II.

Zum Internationalen Kongress.

Nur wenige Tage noch trennen uns vom Zusammentritt des Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses in Kopenhagen. In der Zeit vom 28. August bis 3. September wird hier die Klassenbewusste Arbeiterschaft aller Kulturländer eine Reihe aktueller Fragen behandeln, die einer internationalen Regelung bedürfen. Die Kopenhagener Tagung ist die dreizehnte ihrer Art. Ihre Vorläufer wurden abgehalten: viermal in der Schweiz (Genf 1866, Lausanne 1867, Basel 1869 und Zürich 1893), zweimal in Belgien (Brüssel 1868 und 1891), zweimal in Frankreich (Paris 1889 und 1900), zweimal in Holland (Haag 1872 und Amsterdam 1904), einmal in England (London 1896) und einmal in Deutschland (Stuttgart 1907). Für die deutsche Sozialdemokratie hat der jetzt kommende Kongress in Kopenhagen eine historische Bedeutung, denn es hat dort unter dem Sozialistengesetz (im Jahre 1883) ein deutscher Parteikongress stattgefunden.

Der Kopenhagener Kongress wird gleich seinen Vorgängern Zeugnis davon ablegen, daß die Klassenbewusste Arbeiterschaft aller Kulturländer einig ist in dem Streben, an die Stelle des heutigen Klassenstaates die soziale, listige Gesellschaftsform zu setzen. Die Voraussetzungen des heutigen Klassenstaates — gleichviel in welcher Form er sich uns zeigt — sind in der herrschenden privatrechtlichen Wirtschaftsform begründet. Die Staatsform, mag sie nun monarchisch-despotisch, monarchisch-konstitutionell oder republikanisch sein, drückt der Staatswirtschaft den Stempel des Klassenstaates nicht auf, sondern die kapitalistische Produktionsweise ist es, die begründet auf individueller Grundlage, einem Staatswesen seine Richtlinien gibt. Für die ökonomische Entwicklung eines Staates ist nicht die politische Machtbefugnis eines Monarchen oder Präsidenten maßgebend, sondern die Geldherrschaft ist es, die der Gesellschaft die ökonomischen Gesetze vorschreibt und die Staatsmaschine nach Gutdünken leitet und lenkt. Sie braucht sich dabei um die politischen Machthaber nicht besonders zu kümmern, da diese zum größten Teil der Plutokratie angehören oder aus ihr hervorgegangen sind. Zwischen beiden Teilen besteht eine große

Harmonie, die sich vor allem dann äußert, wenn die breiten Massen des Volkes sich von dem Joch befreien wollen, das auf ihnen lastet. Bei diesen Gelegenheiten ist sich der Geldsack mit den politischen Machthabern einig, daß dem Proletariat entgegengetreten werden muß. Das ist um so leichter möglich, weil auch in den konstitutionellen Staaten die Wahlgeseze vielfach derartig beschaffen sind, daß es nur in wenigen Fällen gelingt, Vertreter des Volkes in die Parlamente zu senden. Und wo das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Volksvertretung wirklich vorhanden ist, sind die großen Massen über ihre soziale Lage nicht aufgeklärt oder sie unterliegen dem wirtschaftlichen Druck ihrer Arbeitgeber. Daher ist auch ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit die politische Freiheit eine Phrase, vor allem in jenen Gegenden, in denen die Arbeiter unter dem Druck und der Notmäßigkeit der Agrarier und Fabrikherren zu leiden haben. Deshalb vollziehen sich auch die Wahlen zu den Parlamenten meist so, daß die Kapitalistenklasse die Mehrheit hat und die Klinker der Gesetzgebung in der Hand behält. Die politischen Machthaber sind heute weiter nichts als die ausführenden Exekutivbeamten der herrschenden Kapitalistenklasse und, sobald sie nicht nach ihrem Wunsch arbeiten, unterbindet der Kapitalismus ihre Existenzbedingungen. Wehe demjenigen, der sich gegen das geheiligte Kapital auflehnt und ihm Gesetze vorschreibt.

Da diese Verhältnisse in allen sogenannten Kulturländern mehr oder weniger die gleichen sind, muß diesem Uebel auf internationalem Wege entgegengetreten werden. Nichts ist internationaler als der Kapitalismus, und die Proletarier aller Länder haben daher die Pflicht, dieser kapitalistischen Gewalt- und Ausbeutungsherrschaft gemeinsam ein Ende zu bereiten. In sittlicher Entrüstung machen unsere nationalen Goldschreiber des Kapitalismus den Arbeitern ihre internationale Gesinnung zum Vorwurf. In allen Tonarten wird die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gesungen. Aber man sollte nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt. Wenn die deutschen Großgrundbesitzer ihr Getreide ins Ausland schaffen können, damit dem deutschen Volke das Brot verteuert wird, so geschieht das ohne Wimperzucken, und wenn die Geldprogen auf ihren Vergnügungsreisen ihr Geld in ausländischen Bade- und Kurorten verpulvern, dann ist von Vaterlandslosigkeit keine Rede. Diese „nationalen“ Gelden lassen auch schon alle Nationalität im Stich, wenn es gilt, zur Niederkämpfung der nationalen Arbeiter internationale Streikbrecher aus aller Herren Länder herbeizuholen. Man besinnt sich keinen Augenblick, die nationalen Arbeiter auf die Straße zu werfen und durch ausländische zu ersetzen, wenn sich die ersten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen wollen. In solchen Fällen gilt das Vaterland und die Nationalität nichts, die Hauptsache bleibt, daß dem Geldsack nichts verloren geht.

Die internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse haben daher nicht nur eine materielle Berechtigung, sondern sie haben auch kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Sie sollen Mittel und Wege ausfindig machen, um dem heutigen Massenstaate entgegenzutreten und die Produktionsmittel in Gemeingut der ganzen Gesellschaft zu führen, sowie dafür zu wirken, daß alle Arbeiter den vollen Ertrag ihrer Arbeitskraft erhalten.

Die Natur des internationalen Kongresses als Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen nationalen Verbände bringt es mit sich, daß die Tagesordnung jeweils einen halb politischen und halb gewerkschaftlichen Charakter trägt. Zur Behandlung sollen nach der vorläufigen Tagesordnung diesmal kommen: 1. Die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien. 2. Die Arbeitslosenfrage. 3. Das Schiedsgericht und die Abrüstung. 4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterrechtsgesetzgebung. 5. Die Organisation einer internationalen Rundgebung gegen die Todesstrafe. 6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren. 7. Die Organisation der internationalen Solidarität.

Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien sowie die rechtlichen Bedingungen für das Verhältnis zwischen beiden sind in den einzelnen Ländern sehr verschieden. In Deutschland hat man die Genossenschaften als ein Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zu selbständiger Leitung ihrer Angelegenheiten betrachtet, ihnen aber keine übergroße Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei beigemessen. Man erblickt in den Genossenschaften nicht das einzige Mittel zur Lösung der sozialen Frage. Der Schwerpunkt bei der Lösung der sozialen Frage liegt nicht bei der Warenverteilung, sondern in der Warenerzeugung. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die Genossenschaften die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der sie unterliegen, nicht vollständig ignorieren können. Tagegen sind die Genossenschaften vor allem berufen, in der Regelung der Arbeitsverhältnisse mustergültig und bahnbrechend vorzugehen. Dazu ist aber nötig, daß sie mit dem modernen Geiste der Arbeiterbewegung erfüllt werden.

Zu den internationalen Schiedsgerichten ist die Stellung der deutschen Partei durch das Parteiprogramm festgelegt, das die Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege fordert. Man darf sich freilich nicht der Illusion hingeben, daß von der Tätigkeit der Schiedsgerichte unter der Herrschaft des Kapitalismus viel zu erwarten ist. Große Streitigkeiten, denen wirtschaftliche Interessen der herrschenden Klasse zugrunde liegen, wird die kapitalistische Gesellschaft immer wieder durch kriegerische Auseinandersetzungen zu erledigen suchen. Dieser Punkt kann also höchstens zu einer machtvollen Stundgebung des internationalen Proletariats gegen das kulturfeindliche System des Militarismus, Marinismus und der Kolonialpolitik ausgestaltet werden.

Der Punkt 4 der Tagesordnung wird namentlich durch den Austausch des in den verschiedenen Ländern vorliegenden Materials über die Arbeiterschutzgesetzgebung seinen Wert erhalten. Deutschland wird trotz seiner vielgerühmten Sozialpolitik nicht besonders gut abschneiden; denn es ist eine feststehende Tatsache, daß der Arbeiterschutz in einer Reihe anderer Länder weiter fortgeschritten ist als in Deutschland.

Geplant ist weiter eine Rundgebung gegen die Todesstrafe. Es ist ganz selbstverständlich, daß die internationale Sozialdemokratie gegen dieses Rechtsmittel protestiert. Die Todesstrafe ragt aus dem Zeitalter der Barbarei in unsere moderne Zeit hinein als Ueberbleibsel unschönster Art. Der Protest dagegen ist um so nötiger, als gerade in letzter Zeit Leute mit Namen und Gelehrte von Ruf sich für die Todesstrafe ausgesprochen haben.

Die Arbeitslosenfrage hat schon verschiedene internationale Kongresse beschäftigt, wenn auch nicht direkt mit dem Tagesordnungspunkt als Stichwort. Erst auf dem letzten Kongress in Stuttgart ist die Arbeitslosenfrage beim Punkt: „Ein- und Auswanderung“ zur Sprache gekommen; auch auf dem vorletzten Kongress in Amsterdam ist die Frage bei der Beratung des Punktes: „Sozialpolitik und Arbeiterversicherung“ erörtert worden. In welcher Form die Frage auf dem Kongress in Kopenhagen behandelt werden soll, läßt die Tagesordnung nicht erkennen, es ist nicht bekannt, ob nur die Frage des Arbeitsnachweises oder die Frage der Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit besprochen werden soll. Das Problem der Arbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren im Vordergrund der öffentlichen Diskussion gestanden, an Stoff zur Behandlung der Frage wird es dem Kongress nicht fehlen.

Die Organisation der internationalen Solidarität ist eine dringende Notwendigkeit. Gerade die letzte Zeit hat wieder gezeigt, daß nur einige wenige Länder, in der Hauptsache eigentlich nur Deutschland, sich ihrer Pflicht zur internationalen Hilfeleistung bewußt sind, während andere Länder, allen voran England, eine geradezu sträfliche Gleichgültigkeit an den Tag legen.

Die deutschen Gewerkschaften werden auf dem Kongress in Kopenhagen in einer ihre Bedeutung würdig repräsentierenden Stärke vertreten sein. Sie können mit Genugtuung auf den enormen Aufschwung hinweisen, den ihre Organisationen in den letzten Jahren zu verzeichnen hatten. Die deutschen Gewerkschaften sind sich aber auch bewußt, daß ihre Bewegung nur stark und mächtig wurde, weil sie sich rückhaltlos auf den Boden des Klassenkampfes stellte und vom Geiste des Sozialismus erfüllt war, und weil sich ihr Wirken nicht im nationalen Rahmen erschöpfte, sondern auch der Förderung der Organisation der Arbeiter in anderen Ländern im Sinne der internationalen Gestaltung des Gewerkschaftskampfes zuwandte.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat den wahren Sinn des Weltkampfes: „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!“ zur vollen Geltung gebracht und in die Tat umgesetzt. Die deutschen Gewerkschaften werden auch durch ihre Mitarbeit an dem Kongress in Kopenhagen bekunden, wie ernst ihnen das gedeihliche Zusammenwirken mit den politischen Organisationen zu Ruh und Frommen der gesamten Arbeiterbewegung ist.

Wir wünschen, daß dieses einige Zusammenwirken in allen Ländern die Arbeiterklasse stärken und auswärtsführen und alle Differenzen ausheilen möge, die sich hier und da noch zum Schaden der Arbeiterklasse bemerklich machen. Mögen die Beratungen des Kongresses zu Kopenhagen zu Resultaten führen, die für die Proletarier aller Länder von hohem Werte sind.

Der Lohnkampf der Bremer Staatsarbeiter.

Schon in der vorigen Nummer der „Gewerkschaft“ waren wir in der Lage, darauf hinzuweisen, daß Verhandlungen gepflogen werden zu dem Zwecke, die Forderungen der Staatsarbeiter endlich zur Verabschiedung zu bringen. Unser Verbandsbureau in Bremen erhielt bereits unter dem 12. August d. J. folgendes Schreiben der Regierungslanzlei zugesandt:

„Im Auftrage des Senats erwidern wir auf die vom 11. d. M. datierten Eingaben an die Deputationen, welche Arbeiter beschäftigen, daß, nachdem die erforderlichen Ermittlungen vor kurzem zum Abschluß gebracht sind, diese Deputationen eine Neuregelung der Löhne ihrer Arbeiter teils schon beschlossen haben, teils unmittelbar vor einer Beschlussfassung darüber stehen. Von dem Ergebnis ihrer Beratungen werden die Deputationen ihren Arbeitern Mitteilung machen.“

Auf Grund dieses fanden im Laufe vergangener Woche mehrfach Verhandlungen der einzelnen Deputationen mit den Arbeiterausschüssen statt. Von der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke war dem Arbeiterausschuss dann am 16. August folgender Bescheid erteilt worden:

„Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke hat in Berücksichtigung der in den letzten Jahren eingetretenen

Steigerung der Lebensmittelpreise beschlossen, die Löhne sämtlicher in den Betrieben der Erleuchtungs- und Wasserwerke beschäftigten Arbeiter zu erhöhen und die erhöhten Lohnsätze mit dem 1. September 1910 in Wirksamkeit treten zu lassen.

Es werden erhöht die Löhne der Arbeiter, die jetzt im Lohnsatz von 3,90—4,00 M. stehen auf 4,10—4,80 M., die jetzt im Lohnsatz von 4,40—5,10 M. stehen auf 4,60—5,30 M., die jetzt im Lohnsatz von 4,90—5,60 M. stehen auf 5,15—5,85 M. für die zehnstündige Arbeitszeit; ferner die Löhne der Ofenhausempfänger auf 6,84—6,54 M., der Ofenhausempfänger auf 6,44 bis 6,14 M., der Ofenhausempfänger auf 6,04—6,74 M., der Kesselwärter und Erhausorenwärter auf 4,80—5,50 M. für die achtsündige Arbeitszeit.

Der Lohn der Laternenwärter wird auf 2,75—3,45 M. pro Tag erhöht. Die Steigerung der Löhne innerhalb der einzelnen Lohnklassen erfolgt durch Alterszulagen in der bisherigen Weise. Die Lohnsätze der Wochenlöhner werden in entsprechender Weise erhöht. Der Lohnsatz für Überstunden von 60 auf 65 Pf. erhöht.

Diese Antwort war den Kollegen nicht weitgehend genug. Sie verlangten besonders die Aufrechterhaltung ihrer alten Forderungen. Eine Versammlung von rund 1200 Personen der Erleuchtungs- und Wasserwerke faßte den Beschluß, der Deputation diese ihre Meinung zu unterbreiten. Nach verschiedenen Verhandlungen wurden seitens der Deputation weitere Zugeständnisse gemacht. Besonders der Anfangslohn der ungelehrten Arbeiter auf 4,20 M. erhöht. Der Lohn soll demnach von 3,90 auf 4,20 M. steigen, während die anderen Positionen wie vorstehend gesagt verbleiben.

Für die Kollegen des Weserbahnhofes waren vorerst nur Erhöhungen von 15 und 20 Pf. pro Tag vorgesehen. Dagegen nahmen diese Stellung. Sie waren hiermit nicht zufrieden. Ehe die Verhandlungen weiter gingen, holte aber die Verwaltung zu einem Schläge gegen die Organisation aus. Wie bekannt, war von einer allgemeinen Staatsarbeiter-Versammlung über sämtliche Betriebe des Staates die Sperre verhängt worden. Auf Grund dieses verweigerten die Kollegen am Weserbahnhof die Leistung von Überstunden. Herr Bürgermeister Warthausen ließ daraufhin durch den Vorsteher des Weserbahnhofes, Herrn Schmiedes, erklären, daß diejenigen, welche Überstunden zu leisten verweigern, entlassen werden. Am Morgen des 18. August wurden daraufhin auch acht Kollegen gemahregelt, darunter solche, welche bereits auf eine Tätigkeit in staatlichen Betrieben von 14½ Jahren zurückblicken. In der gleich hierauf einberufenen Versammlung wurde diese Maßnahme des Staates seitens der Arbeiter ganz energisch verurteilt. Nur aber den Weg friedlicher Verhandlungen nicht zu durchkreuzen, wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Arbeiter des Weserbahnhofes sich verpflichten, um weiteren Verhandlungen die Wege zu ebnen, Überstunden zu machen. Sie erwarten aber von der Deputation, daß sie sofort mit dem Arbeitersauschuß in gütliche Verhandlungen trete und daß die entlassenen Arbeiter sofort wieder eingestellt werden. Beides ist geschehen.

Das Resultat der Verhandlungen wurde in einer Betriebsversammlung vom 18. August d. J. gewürdigt. Die Streckenarbeiter sollen eine Lohnhöhung von 30 Pf. pro Tag (von 3,50 auf 3,80 M.) erhalten. Diese Lohnhöhung wurde von den Kollegen allgemein als zu geringfügig bezeichnet, man lehnte es daher ab, sich damit zufrieden zu geben. Es wurde eine Kommission von 5 Mann gewählt, die mit der Deputation für Gasen und Eisenbahnen weiter verhandeln soll, und zwar unter Berücksichtigung dessen, daß sie im Winter mit stark verkürzter Arbeitszeit zu rechnen haben. Den Ballarbeitern ist eine Zulage von 25 Pf. pro Tag (Steigerung von 3,75 auf 4,00 M.) zugesprochen worden. Auch sie wählen eine Kommission, die mit der Balldeputation weiter verhandeln soll, da für sie das gleiche gilt, wie für die Streckenarbeiter.

Die Straßenreinigungsarbeiter sind gleichfalls nicht mit den gemachten Zugeständnissen zufrieden. Besonders große Erbitterung hat es hervorgerufen, daß die Forderung der wöchentlichen Lohnzahlung abgelehnt wurde, jetzt besteht noch die Mägiage. Der Arbeitersauschuß wurde beauftragt, neue mündliche Verhandlungen mit der Deputation einzuleiten. Die neuen Löhne, die für die Straßenreiniger bewilligt waren und am 1. September in Kraft treten sollten, sind folgendermaßen festgelegt: für Arbeiter für die ersten 4 Wochen 3,50 M. (2,20 M.), nach 4 Wochen 3,60 M. (3,40 M.), nach 1 Jahr 3,70 M. (3,50 M.), für die Kutscher für die ersten 4 Wochen 22,50 M. (21 M.), nach 4 Wochen 24 M., nach 6 Monaten 25,20 M. (24 M.),

für die Vorarbeiter im ersten Jahr 4 M. (3,80 M.), nach 1 Jahr 4,20 M. (4 M.), für Handwerker 27—33 M., für Meister 34—39 M. Dazu kommen 5 Altersgrenzen, die nach je zwei Jahren eintreten.

Bis jetzt sind die Verhandlungen also noch nicht voll und ganz abgeschlossen, so daß nicht gesagt werden kann, wie die Bewegung endet. Ohne Zweifel haben die Bremer Staatsarbeiter aber gezeigt, daß sie gewillt sind, in friedlicher Weise ihre Bewegung zum Abschluß zu bringen. Da die Verhandlungen noch nicht zu Ende, die endgültige Beschlußfassung der Allgemeinheit der Bremer Staatsarbeiter noch nicht vorliegt, so ist abzuwarten, welches Resultat die nächsten Tage zeitigen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge muß ohne weiteres gegeben werden, daß die Bewegung schon jetzt Früchte gebracht hat und daß sicher ein Erfolg für die Kollegen dabei herauskommt. Hiermit ist wiederum bewiesen, weshalb hohen Wert und Einfluß eine gute Organisation hat!

Der hamburgische Staat als Arbeitgeber.

II.

Die Arbeiter des hamburgischen Staates sind schon unzählige Male des größten Wohlwollens der Behörden wie auch der Bürgerschaft versichert worden. Die von uns aufgeführten Zahlen über die Lohnverhältnisse beweisen, was von solchen Versicherungen zu halten ist. Tatsachen können durch Worte nicht beseitigt werden, und es ist eine Tatsache, die jede Phase der Bewegung der Staatsarbeiter zur Verbesserung ihrer Lage scharf in Erscheinung treten läßt. Jede, auch die geringste Lohnerrhöhung, hat den Verwaltungsbehörden abgerungen werden müssen! Und wo die Arbeiter durch die Macht ihrer Organisation die Behörden nicht in die Enge treiben konnten, wurden ihre Forderungen auch nicht beachtet. So ist es bis zum heutigen Tage.

Es muß auffallen, daß die Straßenreiniger größere Fortschritte in der Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse zu verzeichnen haben als irgendeine andere Gruppe der Staatsarbeiter; sie, die noch vor wenigen Jahren in jeder Hinsicht als Parias behandelt wurden. Von 1889 bis 1899, in zehn Jahren, war ihr Tagelohn von 3,20 auf 3,80 M., also nur um 30 Pf. gleich 9 Proz. gestiegen. Und ihre Behandlung im Dienst war einfach menschenunwürdig. In alledem haben die letzten Jahre einen Umschwung gebracht. Soweit dabei die pekuniäre Besserstellung an sich in Frage kommt, spiegelt sie sich in unseren aufgeführten Lohnziffern noch nicht einmal vollständig wider. Es kommt noch hinzu, daß jedem vierteljährlich 6 M. Stiefelgeld gezahlt werden und daß circa 200 Mann im Jahreslohn stehen, die dadurch noch pro Jahr einen bis 142 M. höheren Arbeitsverdienst haben, als die höchstbezahlten Wochenlöhner derselben Lohnklasse. In den Wochen- und Jahreslöhnen ist aber ferner auch die Vergütung der auf Werttage fallenden Feiertage enthalten, die früher nicht gewährt wurde. Wenn nur nicht noch der Arbeitslohn zu niedrig wäre, könnte man die Höhe der Löhne der Straßenreiniger als relativ befriedigend erklären.

Für die übrigen Arbeiter der Baudeputation wurde im Oktober 1909 ein neuer Lohnarif herausgegeben, welcher den von ihnen gestellten Anträgen und den daran geknüpften Erwartungen aber auch nicht im entferntesten entsprach. Der Anfangslohn wurde nur bei einigen kleineren Handwerkergruppen erhöht. Die Anfangslöhne aller übrigen Kategorien wurden nicht erhöht, sondern diese erhielten nur Dienstalterszulagen, und zwar Tagelohnarbeiter drei a 10 Pf. und Wochenlohnarbeiter drei a 1 M., nach je zwei Jahren. Mit den Steinsehern wurde dabei so umgegangen, daß ihr bisheriger Tagelohn von 5,80 M., den sie alle seit Juni 1907 erhielten, nun auf 5,50 M. herabgesetzt wurde; hierzu kamen dann die drei Zulagen a 10 Pf. Also Dienstalterszulagen, eine Vergütung und damit Anerkennung langjähriger Dienste durch Herabsetzung des Lohnes! Die geringe Erhöhung des Lohnes durch die minimalen Alterszulagen hatte die Baudeputation aber auch noch nicht für alle Arbeitergruppen übrig. Die ungelernen „angelernten“ Arbeiter im Gärtnereibetrieb (Parkanlagen) und noch viele andere Arbeiter auf Einzelposten wurden davon ausgeschlossen. Von allen diesen Arbeitern erhielt keiner auch nur einen Pfennig Lohn mehr! Diese Maßregel motivierte die Baudeputation damit, daß die betreffenden Arbeitergruppen und Einzelposten mit dem Ausscheiden der betreffenden Personen eingeheilen sollten. Also mit anderen Worten: die Stellen wurden auf den „Aussterbeetat“ gesetzt und deshalb zugleich auch die Stellen-

Inhaber, die Arbeiter. Und um diese Arbeiter möglichst bald auszuheben zu lassen, sollen sie weniger Lohn bekommen als sie sonst bekommen müßten. Alles aus „Böhlwollen für die Arbeiter“.

Die Arbeiterschaft der Baudeputation beantragte nun sofort wieder, den Lohnstarif in den fraglichen Punkten zu verbessern. Die Anträge wurden am 13. November 1909 durch den Arbeiterausschuß gestellt, die Baudeputation sagte auch eine erneute Revision des Lohnstarifs zu, aber bis heute ist noch nichts zustande gekommen. Der Arbeiterausschuß hat wiederholt gedrängt, die Baudeputation möge nun doch endlich die beantragte Verbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiter vornehmen. Darauf hat dann der Vertreter der Baudeputation aber jedesmal mit ernster Miene und in gemessenen Worten erklärt: „Die Behörde hat ihre Erhebungen und Erwägungen noch nicht abgeschlossen.“ Die Sache „schwebt“. Am 6. Juli 1910 richtete der Arbeiterausschuß noch ein Schreiben an den Herrn Oberingenieur, er möge gütigst Auskunft erteilen, wann die Arbeiterschaft die in Aussicht gestellte Verbesserung ihres Lohnstarifs erwarten dürfe. Auf diese Anfrage hat der Herr Oberingenieur — keine Antwort erteilt!

Bei der Baudeputation wird auch noch immer die 1908 eingeführte Maßregel praktiziert, älteren, angeblich nicht mehr voll leistungsfähigen Arbeitern den Lohn zu kürzen. Im Ingenieurwesen müssen die unteren Dienststellen (Bauaufseher) alljährlich einmal berichten, ob sie solche „minderwertigen“ Arbeiter haben und wie diese „Minderwertigkeit“ beschaffen ist. Mit welcher Rigorosität dabei vorgegangen wird, dafür ein Beispiel aus allerjüngster Zeit: Der Hammer Prang, 25 Jahre ununterbrochen bei der Baudeputation beschäftigt, jetzt 46 Jahre alt, verheiratet und Vater von 9 lebenden Kindern, von denen 8 noch im schulpflichtigen Alter sind, war im vorigen Jahre (1909) zwei Wochen krank, und jetzt in diesem Jahre, vom 6. März bis 10. April, wieder 5 Wochen krank, und zwar an Rheumatismus, der „Berufskrankheit“ der Plasterer. P. mußte nun auf Grund der Senatsordnung vom 23. Dezember 1908 seinen Lohn abzüglich des Krankengeldes während seiner Krankheit bis auf die Dauer fortgezahlt erhalten. Aber schon von Beginn der zweiten Woche ab wurden ihm 40 Pf. pro Tag, 2,40 Mk. pro Woche, weniger gezahlt. Diese Maßregel wurde damit begründet, ihm, P., sei der Arbeitslohn von 5,40 Mk. pro Tag auf 5 Mk. pro Tag herabgesetzt worden; denn infolge seiner Erkrankung werde er nun nachträglich wohl doch nicht mehr voll leistungsfähig sein. So sagte der Aufseher Berg, so sagte auch der Baumeister. Und der Betriebsleiter, Herr Baupinspektor Breuer, erklärte: „Ich kann an der Sache nichts mehr ändern, sie liegt schon beim Herrn Oberingenieur.“ Es blieb aber bei der Lohnkürzung. Weil der Mann „minderwertig“ ist. Mit 46 Jahren ein minderwertiger Arbeiter! Als junger Mann von 21 Jahren in den Dienst des Staates getreten, 25 Jahre lang fleißig für den Staat gearbeitet, und zwar zunächst für niedrigen Lohn und bei der Arbeit immer jeder Bitterung ausgesetzt, dadurch allerdings einerseits den höchsten Hammerlohn erworben, andererseits aber auch an der Gesundheit geschädigt, und nun Lohnabzug! Wie verträglich sich das mit dem System der Dienstalterszulagen? Noch eins: Der Oberingenieur Sperber, der ja auch schon ein bejahrter Mann ist, darf sich beglückwünschen, daß er nicht als Arbeiter bei der Baudeputation bisher beschäftigt gewesen ist, er wäre sonst wohl auch schon längst als „minderwertig“ befunden worden. Herr Sperber ist aber trotz seines vorgeschrittenen Alters Oberingenieur geworden, ihm hat die Baudeputation zu dem Oberingenieurgehalt von 18 000 Mk. noch extra 7500 Mk. gegeben; dem Arbeiter Prang aber hat sie von seinem Hammerlohn noch 121,80 Mk. pro Jahr genommen! Solche Beispiele könnten wir leider noch mehr anführen.

Die Deputation für die Stadtwasserkunst treibt es nicht besser. Auch sie gab einen „Lohnstarif“ heraus, und zwar im April 1908. Die Lohnsätze waren aber anderswo unvollständig und zum Teil falsch abgeschrieben. Die Folge davon war: Keine Erhöhung der Anfangslöhne, Wochenlohn nur für Hilfsarbeiter und Jahreslohn nur für solche Arbeiter, die „gefährlich“ werden könnten. Dazu Dienstalterszulagen, auf die den Wochen- und Jahreslöhnen die bereits im Dienste der Stadtwasserkunst zurückgelegte Dienstzeit nicht angerechnet wurde. Im Mai 1910 stellte der Arbeiterausschuß seine letzten Anträge, den Anfangslohn zu erhöhen, allgemein Wochenlöhne einzuführen und darauf die bisherige Dienstzeit anzurechnen. Diese Anträge „schweben“ noch. Dem Arbeiterausschuß ist schon mehrere Male der Trost geworden: „Sie müssen sich gedulden. Die „Behörde“ kann noch nicht.“ Wann

die „Behörde“ nun schließlich „kann“, werden wohl selbst die Götter nicht wissen.

Die Herren von der Schlachthofdeputation arbeiten nun schon fünfundviertel Jahre im Schweiße ihres Angesichts an einer Regelung der Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter. Bei dieser Behörde sind die Arbeiterlöhne mit der Zeit lunterbunt „geregelt“ worden. 1893 erhielten nämlich die Schlachthofarbeiter wöchentlich 22 Mk., die Viehhofarbeiter bekommen aber nur 21 Mk. Nun meinten diese, sie könnten doch wohl auch so viel Lohn erhalten wie jene. Diese „Unzufriedenheit“ wurde dadurch beseitigt, daß der Anfangslohn für Schlachthofarbeiter auf 21 Mk. pro Woche herabgesetzt wurde! Ein unschlaßbares Mittel, Arbeiter zufriedenzustellen, die scheel nach den höheren Löhnen anderer Arbeiter sehen. Gegenwärtig beträgt der Anfangslohn nun 23 Mk. Er ist also seit 1892 nur um 1 Mk. gestiegen. Das ist eine Erhöhung um 4,5 Proz. in 18 Jahren! Die Schlachthofdeputation hat dem Arbeiterausschuß nun erklären lassen, an die Erhöhung der Arbeiterlöhne könne erst herangetreten werden, nachdem die in Aussicht stehende Erhöhung der Beamtengehälter erfolgt sein würde. Wie oft und wie weit die Beamtengehälter seit 1891 nun schon bereits erhöht worden sind, haben die Herren ganz vergessen.

Die Deputation für Handel und Schifffahrt nimmt in Arbeiterangelegenheiten eine von allen anderen Verwaltungsbehörden gesonderte Stellung ein. Sie läßt die Arbeiter nach einem Stücklohnstarif nur in Alford arbeiten. Sämtliche Arbeiter an allen Kaistreden bilden zusammen ein Alfordkorps. Aus der Alfordklasse wird den sogenannten festen Arbeitern ein Lohn von 4,20 Mk. pro Tag einwöchentlich gezahlt, und ferner werden daraus den Hilfsarbeitern ihre Löhne von 3,60 Mk. bis 4 Mk. pro Tag gezahlt. Die Hilfsarbeiter arbeiten wohl mit in Alford, den Alfordverdienst nach Abzug der gezahlten Tagelöhne erhalten aber nur die „festen“ Arbeiter. Mit Rücksicht auf dieses Alfordverhältnis lehnte nun die Raiverwaltung es bisher ab, die Zeittlöhne weiter zu erhöhen, sowie die Arbeitsbedingungen im übrigen zu verbessern. Besonders schlimm sind die Hilfsarbeiter daran; sie müssen sich, wenn sie nicht beschäftigt werden, täglich dreimal zur Arbeit stellen, und fehlen sie einmal beim Aufruf, werden sie in der Reihenfolge zur Arbeit zurückgestellt. Seit dem 1. Januar müssen nun die Hilfsarbeiter, wenn sie morgens von der Frühstückspause ab eingestellt werden, eine halbe Stunde früher anfangen und so viel an den Tagen länger arbeiten. Der Arbeiterausschuß beantragte daraufhin in seiner Sitzung am 15. Januar 1909, den Hilfsarbeitern für die längere Treibriegelarbeit 20 Pf. mehr Lohn zu zahlen. Die Raiverwaltung lehnte den Antrag ab. Einen später gestellten Antrag, allen Hilfsarbeitern den Lohn zu erhöhen, lehnte die Verwaltung ebenfalls ab. Als die Raiverwaltung früher noch einen Teil der Hilfsarbeiter von dem Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft beziehen mußte, erhob sie gegen alle Anträge auf Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne stets den Einwand, die von dem genannten Nachweis gestellten Arbeiter seien ihrer Mehrzahl nach so wenig leistungsfähig, daß sich ein höherer Lohn für sie nicht rechtfertigen lasse. Nachdem nun aber Senat und Bürgererschaft der Raiverwaltung die Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweises auf Staatskosten zugestanden haben und die Raiverwaltung jetzt doch auch wohl nur leistungsfähige Arbeiter annehmen wird, sind die Löhne trotzdem noch nicht erhöht. Die Raiverwaltung muß also der Meinung sein, daß ein Tagelohn von 3,60 Mk. für einen Hamburger Arbeiter ein ausreichendes Einkommen ist. Der Raikdirektor hat allerdings 1907 eine Lohnerhöhung von 1000 Mark erhalten, und nun soll er schon wieder 1000 Mk. mehr bekommen. Wahrscheinlich zum Trost dafür, daß Herr Winter im vorigen Jahre ein „Nebenverdienst“ von 6000 Mk., den er sich selbst berechnet hatte, entgangen ist!

Die Raiverwaltung lehnte es auch ab, den festen Arbeiter die auf Festtage fallenden Feiertage zu vergüten. Der Antrag wurde durch den Arbeiterausschuß bereits in seiner Sitzung am 15. Januar 1909 gestellt. Aber erst ein Jahr später, nämlich in der Arbeiterausschußsitzung am 17. Januar 1910, wurde auf den Antrag ein Bescheid erteilt, und dieser lautete nach dem Protokoll der Sitzung wörtlich so: „Anfrage, betreffend Vergütung für die in die Woche fallenden Feiertage. Zu diesem Punkte ist zu bemerken, daß die Bezahlung der Feiertage nach einer Verfügung sich nur auf die Wochenlöhner, wie Kranführer usw., beschränkt; Alfordarbeiter sind hier von ausgeschlossen. Ueber die Entscheidung des Senats, betreffend den von der Bürgererschaft gestellten Antrag auf Ausdehnung dieser Bestimmung auf Alfordarbeiter, ist bis jetzt nichts bekannt geworden.“

Der in Rede stehende, von der Bürgerschaft im Mai 1909 gefasste Beschluss lautete bekanntlich: „Den Senat zu ersuchen, anzuordnen, daß den vom Staate dauernd beschäftigten Akkordarbeitern eine angemessene Vergütung für die in die Woche fallenden Feiertage gewährt werde.“ Und nun war am 17. Januar 1910 der Deputation für Handel und Schifffahrt immer noch nichts bekannt geworden, wie der Senat über den Beschluss der Bürgerschaft entschieden hat! Rechtwürdig, sehr merkwürdig! Der Herr Präses der Deputation für Handel und Schifffahrt ist doch ein Senator! Weiß denn dieser Herr nicht, wie die Bürgerschaft entschieden hat, der er selbst als Mitglied angehört, in der er selbst mit entscheidet?! Kennt also der Herr Senator seine eigenen Entscheidungen nicht?!

Diese Fäden könnten wir viel weiter, sozusagen bis ins Unendliche weiter spinnen. Wir wollten aber nur an einigen drastischen Beispielen zeigen, nach welchen Maximen die Staatsarbeiter behandelt werden. Wann werden in Hamburg der Senat, die Bürgerschaft und die Verwaltungsbehörden sich aufschwingen zu dem Bekenntnis des Breslauer Oberbürgermeisters Dr. Bender, abgegeben in einer Breslauer Stadtverordnetenversammlung, die so lautet: „Ich sehe nicht ein, daß zwischen Beamten und Arbeitern ein grundsätzlicher Unterschied zu machen ist. Wir verlangen von den Beamten, daß sie ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Stadt zu stellen haben, und dasselbe verlangen wir von den Arbeitern. Beamten und Arbeiter sind beide auf ihren Posten gleich notwendig. Was wir also den Beamten gewähren, müssen wir grundsätzlich auch den Arbeitern zukommen lassen.“

Laternenanzünderstreik in Mülhausen!

Der Streik der Laternenanzünder in Mülhausen hat nach fünftägiger Dauer mit einem schönen Sieg der Organisation endete. Auf beiden Seiten wurden während dieser Zeit die größten Anstrengungen gemacht und der Lohnkampf gestaltete sich außerst heftig. Wie berichtet, hatte die Gaswerkdirektion am Samstag ihre sämtlichen Angestellten zur Streikarbeit kommandiert und zwar beteiligten sich am Anzünden: 2 Ingenieure, ein Inspektor, der Bureauchef, 6 Aufseher, 3 Kontrolloren, 6 Einlassier, 1 Schreiber, 1 Zeichner, 1 Portier und der Stukker des Direktors. Außerdem eine Anzahl schulpflichtiger Anaben dieser Angestellten. Die „Roten Adler“ hatten die Streikarbeit abgelehnt. Von der „Bach- und Schließdienstgesellschaft“ beteiligten sich zwei Kontrolloren und ein Mann. Etwa geblieben war ein einziger Anzünder, der die Nachbargemeinde Niebischheim bediente; außerdem wurden noch zwei ausbilsweise beschäftigte Anzünder zu Streikbrechern. Am Sonntag gesellte sich zu diesen noch der Kolkreisende des Werks mit seinem Anaben.

Die Arbeitswilligen hatten allerdings nichts zu lachen. Von Adlern begleitet, vom Publikum verspottet, zündeten sie die nötigen Quartiere an; die Außenbezirke wurden teilweise noch am Samstag angezündet, an den folgenden Tagen nicht mehr. Die Streikenden übten scharfe Kontrolle, wer zum Anzünden ging, dann mußte jeder in sein Quartier, um festzustellen, welche Laternen brannten und welche nicht, damit für das Stadtbauamt genau orientiert werden kann und in der Lage ist, seine Rechte, Ansprüche geltend zu machen. Selbstverständlich wurde auch die Presse genau orientiert, so daß es der Gasgesellschaft nicht möglich war, vor Mittwoch ihre abschwächenden und irreführenden Berichte anzubringen. In der Folge ließ die Direktion alle vorgezeichneten und früher zum Teil wegen Unregelmäßigkeit entlassenen Arbeiter zum Anzünden rufen; jeder Angestellte sollte sich auf Kosten des Werks einen Begleiter suchen, aber es half nichts. Die Streikleitung ließ jeden auch nur andeutungsweise Arbeitswilligen in seiner Wohnung auffuchen und über die Gefinnungsumkehr des Streichbruchs aufklären. Die Gewerbeinspektion war von der geschwichtigen Kinderarbeit verständigt, ebenso das Arbeitsamt benachrichtigt. Bei Nacht wurde seitens des Werks nicht geschickt. Die Nachbargemeinden Pfalsatt und Burgweiler waren zwei Nächte in völlige Dunkelheit gehüllt, da der Ortspolizistener, der vorher zwei Nächte angezündet hatte, der Vollmut nicht traute. In der Umgebung des großen Zentralfriedhofs wurde lanalliert, aber keine Laterne brannte. Am Samstag zählten wir etwa 600, an den folgenden Tagen waren es etwa 1000 Laternen, die nicht oder nur unregelmäßig angezündet wurden. Gelöscht wurde erst am hellen Tag. Am Dienstag früh fanden zwischen Direktion und Streikleitung die ersten Verhandlungen

statt. Die Direktion hatte einen Polizeikommissar ausgesogen. Es kam jedoch zu keinem Resultat. Die Direktion lehnte den Abschluß eines Vertrages durchaus ab. 11 Mann sollten 20 Pf. und 10 Mann je 10 Pf. Lohnerhöhung erhalten, 23 sollten leer ausgehen, die jährliche Steigerung wurde abgelehnt. Ebenso wurde die Regelung der Arbeitszeit und die Einsetzung einer Beschwerdef Kommission abgelehnt. Unter solchen Umständen sah sich der Gausleiter genötigt, zu erklären, daß er zwar die Vorschläge der Direktion den Streikenden vortragen werde, dieselben aber in keiner Weise empfehlen könne. Die Vorschläge wurden dann auch einstimmig abgelehnt. In der Zwischenzeit ließ die Direktion folgenden Klam an der Pforte anschlagen:

„Die allgemeine Sicherheit erfordert es, daß wir die Straßen der Stadt Mülhausen beleuchten, wozu wir vertraglich verpflichtet sind. Die Laternenanzünder sind ihrer Pflicht an den Feiertagen nicht nachgekommen; sie sind ohne Kündigung der Arbeit ferngeblieben. Es sind darunter alte und kränkliche Leute und damit diese nicht brotlos werden, wollen wir ihnen diesmal noch die Möglichkeit geben, in ihren alten Dienst einzutreten. Wir machen daher bekannt, daß wir diejenigen Anzünder, welche sich heute abend zur Arbeit nicht melden, als aus dem Betrieb ausgeschritten betrachten. Den Arbeitswilligen werden wir allen und nur möglichen Schutz angedeihen lassen.“

Dieser Anschlag erreichte das Gegenteil von dem, was er bezweckte. Die Streikenden verdoppelten ihre Anstrengungen, Streikbrecher fernzuhalten. Die übrige Arbeiterkass, welche den Anschlag las, geriet in Erregung und allgemein wurde der „Herr-im-Haule“-Standpunkt der Gesellschaft abfällig kritisiert. Abends fanden nochmals Verhandlungen statt, die sich ebenfalls zerschlugen. Gleichzeitig aber hatte sich die Streikleitung mit den Feuerhausarbeitern des abseits von Mülhausen gelegenen „Neuen Werks“ in Verbindung gesetzt und dadurch begründete Aussicht geschaffen, daß auch diese die Arbeit niederlegten. In Abwesenheit des Gausleiters wurden am Mittwoch, früh zwischen 6 und 8 Uhr, die Kollegen aufgeklärt, so daß der Mittwochabend eine Erweiterung des Ausstandes gebracht hätte. Zuvor aber fand am Dienstag ein Straßenauflauf statt, der auch in Mülhausen ganz außergewöhnlicher Art war. Mit Arbeitswilligen kam es zu Heibelien und in kurzer Zeit war eine Menge halbwüchsiger Jungen beisammen, welche die Laternen einwarfen. Dadurch angelockt kamen immer mehr Reugierige, die Dunkelheit wuchs und die Arbeitswilligen verschwanden. Gegen 11 Uhr säuberten etwa 25–30 Schuppleute blanzgezogen die Umgebung des alten Werks mit dem Direktionsgebäude. Da nach Ansicht des Polizeipräsidenten die Schupmannschaft für den kommenden Mittwochabend nicht ausreichen werde, sollten Jäger zu Pferde oder Dragoner requiriert werden. Zuvor aber bot Herr Polizeipräsident von Diekmann in anerkenntnswürdiger Weise schon in der Frühe der Direktion wie der Streikleitung seine Vermittlung an. Beide Parteien akzeptierten. Um 10 Uhr begannen die Verhandlungen, die unter der energischen, aber durchaus objektiven Leitung des Präsidenten um 12 Uhr mit dem Abschluß eines Tarifvertrages beendet wurden. Beide Parteien hatten teilweise nachgeben müssen. Der Tarifvertrag lautet nun:

„Mülhausen, den 17. August 1910.

Vertrag.

Zwischen dem „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Mülhausen i. G.“ und der „Mülhauser Gasgesellschaft“ wird folgender Tarifvertrag abgeschlossen auf die Dauer von drei Jahren:

1. Der Lohn der Laternenanzünder und Glühkörpermonteure beträgt einheitlich 3,35 Mk. und steigt mit jedem Vertragsjahre um 10 Pf. bis 3,65 Mk.

2. Die Arbeitszeit wird folgender Weise geregelt:

a) Jeder Laternenanzünder hat das Anzünden, Räumen und Reinigen der Laternen wie bisher zu versehen. Die einzelnen Bezirke sollen durchschnittlich nicht mehr wie 65 Laternen zählen. Die Reinigung muß wie bisher bis Samstagabend beendet sein.

Die Arbeitszeit der Glühkörpermonteure geht von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr mit einer halbstündigen Frühstückspause und 1½ stündigen Mittagspause.

b) Das Abstandsmaßnahmen ist innerhalb des letzten und der fünf ersten Arbeitstage im Monat vorzunehmen.

c) Das Wasserschütten hat wie bisher vom 15. bis 20. jeden Monats zu geschehen.

d) Die Sonntagsarbeit der Glühkörpermonteure wird wie bisher mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt.

Jedem Arbeiter wird eine anständige Behandlung zugesichert. Beschwerden, die aus dem Arbeitsverhältnis resultieren oder die Auslegung dieses Vertrages betreffen, insbesondere auch solche über grobe Behandlung oder Strafen, werden einer von der Direktion anerkannten Kommission, bestehend aus einem Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes und zwei Arbeitern

unterbreitet, welche der Direktion geeignete Vorschläge zur Abhilfe machen wird.

4. Maßregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegung finden nicht statt.

Karl Vürker, Gauleiter.

F. Kellner.

Zur Beglaubigung der Polizeipräsident: Dieckmann.

Damit waren die Hauptforderungen der Ausständigen zum größten Teil berücksichtigt. Auch versicherte Herr Direktor Kellner wiederholt, daß er dafür Sorge tragen werde, daß Mißstände, wie mangelhafte Reinigung der Wachlokale, grobe Behandlung, Urlaubsverweigerung, unnötige Arbeiten (wie Bücher hin- und hertragen), in Zukunft verschwinden oder besser geregelt werden. Die Aufbesserung beträgt für 11 Arbeiter je 35 Pf. täglich, 10 Arbeiter je 25 Pf., 20 Arbeiter je 15 Pf. und 3 Arbeiter je 5 Pf., außer der jährlichen Steigerung.

Um 5 Uhr war Versammlung der Streikenden, welche dann auch nach lebhafter Diskussion den Vertrag einstimmig annahm. In die Beschwerdef Kommission wurden die Kollegen Arch und Danzer gewählt. Darauf dankte der Gauleiter namens der Streikkommission den Kollegen für ihren Cysermut und getreues Ausharren während der Bewegung, und erklärte nach einem donnernden Hoch auf die Organisation und die Arbeiterbewegung überhaupt, den Ausstand für beendet.

Um weitere Ausschreitungen zu verhüten, wurde die Bevölkerung über den Abschluß der Bewegung unterrichtet durch Flugblätter. Dann nahmen sämtliche Kollegen geschlossen die Arbeit wieder auf.

Damit ist wieder ein alter Petrich zu einer zeitgemäßen Behandlung von Arbeiterfragen gekommen. Wir können es verstehen, wenn ein Mann, der nahezu an 25 Jahre unumschränkt regiert hat, nicht ohne weiteres die „Gewerkschaft“ als Gegenkontrahent gelten lassen will. Aber schließlich muß man auch von einem solchen Manne verlangen und erwarten, daß ihm das allgemeine Wohl höher steht als der eigene Absolutismus, und daß er demgemäß das Streben der Arbeiter nach Gleichberechtigung anerkennt und ihm Rechnung trägt. Wir sind sicher, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch das Gaswerk davon Vorteil ziehen wird, wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Laternenanzünder nun auf längere Zeit geregelt sind. Unseren Kollegen aber raten wir: Steht fest zur Organisation; Ihr habt gesehen, daß sich manches erreichen läßt, wenn Ihr nur einig seid!

R. D.

Zur Lage der Gemeindearbeiter in Kolberg.

Ein Hinweis auf die hinterpommerschen Gefilde genügt, um jedem, der sich für die Arbeiterbewegung interessiert, zu sagen: Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter sind geradezu trostlos. Ist doch die Provinz Pommern, ganz speziell aber Hinterpommern das Domizil der Junker. Der rückwärtliche Geist macht sich da nicht nur auf dem Lande schwer fühlbar, er übt auch in den Provinzhäusern in nicht minder hohem Maße seinen verheerenden Einfluß aus. Allerdings trifft das nur insofern zu, als von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Arbeiterschaft die Rede ist. Daß man hier auch Geschmack für moderne und nützliche Einrichtungen hat, muß jedermann zugeben. Besonders am Ostseestrande sind geräumige Kurhäuser, Vergnügungsorte mit größtem Komfort, schöne Parkanlagen u. dergl. nichts Seltenes. Ausgästen wird dadurch das Leben so abwechslungsreich und angenehmer wie nur möglich gestaltet. Dergleichen Einrichtungen bilden aber einen starken Kontrast zu den verwinkelten, ungesunden Wohnräumen, in denen die Proleten gezwungen sind, ihr kümmerliches Dasein zu fristen. Letzteren bleibt nur übrig: Die gepfefferten Lebensmittel- und Mietpreise mit zu bezahlen.

Eine der Städte, in welchen sich dieses Bild in recht drastischer Weise widerspiegelt, ist Kolberg. Nun wäre es einseitig geurteilt, wollte man der herrschenden Gesellschaft allein die Schuld an diesen miserablen Verhältnissen der Arbeiterschaft in die Schuhe schieben. Auch die Arbeiterschaft ist nicht ganz von dieser Schuld freizusprechen. Speziell kommen hier die städtischen Arbeiter in Betracht. Während die in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter zum großen Teil schon früher auf das besondere Wohlwollen der Unternehmer verzichteten und den Weg der Selbsthilfe beschritten, war es trotz mehrmaligen Einsehens bei den städtischen Arbeitern erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit möglich, festen Fuß zu fassen. Es gelang, in ihnen das Streben, welches bei den Arbeitern der Privatbetriebe schon längst sich Geltung verschafft, zur Betätigung zu erwecken. Die unmenschliche Ueberbürdung bei der Arbeit und die miserablen Löhne, die hier von der Stadtverwaltung noch gezahlt

werden, gaben bei der Agitation einen guten Stützpunkt. Wie sehr die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Kolbergs im argen liegen, wird bewiesen durch eine unter den städtischen Arbeitern angenommene Statistik, die sich auf 2 Betriebe, Gasanstalt und Parkverwaltung, mit 50 städtischen Arbeitern erstreckt. Daß obige Behauptung keineswegs übertrieben wird, jeder Unbefangene, der nachfolgendes Zahlenbild aufmerksam studiert, zugeben müssen. Unsere Zusammenstellungen erstrecken sich auf Lebens- und Dienstatte, Kinderzahl, Arbeitszeit, Lohnhöhe sowie Mitterwerb des Lebensunterhalts der Familie durch die Frauen städtischer Arbeiter. Hier die Zahlen:

Arbeiter- zahl	Lebens- alter Jahre	Arbeiter- zahl	Kinderszahl unter 16 Jahren	Arbeiter- zahl	Dienst- alter Jahre	Arbeiter- zahl	Lohn pro Tag M.
Gasanstalt							
1	56-60	1	7	1	24	2	3,50
2	51-55	1	6	1	18	1	3,30
2	46-50	3	5	3	12	1	3,20
2	41-45	3	4	2	11	1	3,10
10	36-40	6	3	6	10	8	2,90
11	31-35	9	2	2	9	2	2,60
5	26-30	4	1	1	8	6	2,50
—	—	—	—	3	7	14	2,40
—	—	—	—	6	6	1	2,30
—	—	—	—	4	5	—	—
—	—	—	—	4	4	—	—
—	—	—	—	1	3	—	—
—	—	—	—	1	1	—	—
Durch- schnitts- erg.	37	—	3	—	7,7	—	2,66
Parkverwaltung							
7	56-60	2	5	1	31	1	3,30
2	51-55	1	4	1	20	1	3,00
2	46-50	1	3	1	19	1	2,70
4	41-45	4	2	1	14	1	2,50
1	36-40	5	1	1	11	19	2,40
2	31-35	—	—	3	10	—	—
4	26-30	—	—	1	9	—	—
—	—	—	—	3	8	—	—
—	—	—	—	1	7	—	—
—	—	—	—	1	5	—	—
—	—	—	—	1	4	—	—
—	—	—	—	2	3	—	—
—	—	—	—	1	1	—	—
—	—	—	—	4	neu unbest.	—	—
Durch- schnitts- erg.	45	—	2	—	7,8	—	2,48

Die Arbeitszeit beträgt für Feuerhausarbeiter im Gaswerk 12, für die sonstigen Arbeiter 10 Stunden; in der Parkverwaltung im Sommer 10 und im Winter 7½ Stunden.

Die weitere Frage, ob die Frau gezwungen ist, mitzuarbeiten, wurde fast durchweg mit ja beantwortet. In vielen Fällen jedoch mit der Bemerkung, daß sie der Kinder wegen nicht auf Arbeit gehen kann. In 21 Fällen konnte für die Frauen ein Verdienst festgestellt werden, der zwischen 0,70 und 1,50 M. pro Tag schwankt. Gleichzeitig wurde aber hier bemerkt, daß dieser Verdienst kein regelmäßiger ist. Eine regelmäßige Einnahme bei monatlicher Arbeit ist nur in 5 Fällen festgestellt worden. Es verdienen: eine Frau 12 M., eine 10 M., eine 7 M., eine 6 M. und eine 5 M. monatlich.

Aber auch in diesen Fällen, wo die Frau noch einige Groschen mitverdient, ist dem Arbeiter nicht genügend geholfen. Erstens steht fest, daß eine Frau ihren eigenen Haushalt vernachlässigen muß, wenn sie anderwärts Lohnarbeit verrichtet, zweitens reicht der Verdienst der Frau mit dem des Mannes zusammengerechnet noch immer nicht aus, um das zur Erhaltung der Gesundheit und Kraft der Familienmitglieder nötige Quantum Nahrungsmittel zu beschaffen, geschweige denn noch für Kleidung und Wohnungsmiete zu sorgen. Das ist durch die Statistik bewiesen. Hiernach hat der Durchschnittslohn eines Arbeiters der Gasanstalt eine Höhe von 2,66 M. pro Tag, eines Arbeiters der Parkverwaltung sogar nur 2,48 M. In ersterem Falle ergibt das einen Jahresverdienst von 708 M., in letzterem einen solchen von nur 744 M. Obwohl bei Ableistung von Ueberstunden der Mehrverdienst ebenfalls durch unvermeidliche Mehrausgaben zumest aufgezogen wird, wollen wir trotzdem noch für jede Arbeiterkategorie 80 M. pro Jahr für geleistete Ueberstunden hinzurechnen. Dadurch würde sich das Jahreseinkommen für Gasarbeiter auf

878 M. und dasjenige der Parlarbeiter auf 824 M. erhöhen. Rechnen wir nun den Verdienst der Frau reichlich hoch an mit 200 M. pro Jahr, was aber in keinem Fall erreicht wird, so ergibt das ein Gesamteinkommen von 1078 M. resp. 1024 M. Dieser Satz könnte aber höchstens für 17 Gasarbeiter und 9 Parlarbeiter in Berechnung kommen, denn bei den ersteren sind 18 und bei den letzteren 10 Frauen, die keinerlei Verdienst haben. Für diese kommen also nur 878 resp. 824 M. Jahreseinkommen in Frage.

Um nun weiter nachzuweisen, wie unzulänglich die Entlohnung der städtischen Arbeiter Kolbergs ist, brauchen wir uns nur auf die neueren wissenschaftlichen Feststellungen zu berufen. Nach diesen sind mindestens 0,90 M. pro Tag erforderlich, um das zur Erhaltung der Gesundheit und Kraft des Arbeiters nötige Quantum Nahrungsmittel zu beschaffen. Beim Militär wird sogar ein Pflagesatz von 1,20 M. pro Mann und Tag verrechnet. Durch die unter den städtischen Arbeitern Kolbergs ausgenommene Statistik, die sich, wie oben schon angeführt, auf 59 Arbeiter erstreckt, wurde festgestellt, daß 54 einen eigenen Haushalt zu führen haben. Die Durchschnittszahl dieser Familien beträgt 2 Kinder als einen Erwachsenen gerechnet, 3,59. Nach dem Pflagesatz von 0,90 M. pro Tag und Person wäre demnach ein Einkommen von 0,90 M. mal 3,59 gleich 3,231 M., pro Woche 3,231 mal 7 gleich 22,617 M., pro Jahr 22,617 mal 52 gleich 1176,08 M. erforderlich. Dieser Summe steht als Durchschnittseinkommen beider Arbeiterkategorien für 26 Familien inklusive Verdienst der Frau ein Einkommen von 1051 M. gegenüber. Es ergibt sich demnach ein Defizit von 125,08 M., wenn die erforderliche Summe für die Beschaffung hinreichender Nahrungsmittel mit 1176,08 M. dem Durchschnittseinkommen eines städtischen Arbeiters inklusive des Verdienstes der Frau mit 1051,00 M. gegenübergestellt wird. Diese Unterbilanz entsteht also bei richtiger Verpflegung und trotz Mitarbeit der Frau, aber ohne Berechnung der Mittel zur Beschaffung von Alledem, Befreiung der Wohnungsmiete und sonstiger Lebensbedürfnisse. Das Konto wächst also noch mehr. Auch ist nicht in Betracht gezogen, daß im eventuellen Erkrankungsfalle eines Arbeiters merklliche Lohneinbußen Platz greifen. Wollte man den Pflagesatz von 1,20 M. pro Mann und Tag in Anrechnung bringen, wie es bei der Militärverwaltung geschieht, so ergäbe das noch ein ungünstigeres Bild. Wie müssen sich dann aber erst die übrigen 28 in der Statistik beteiligten Familien behelfen, in denen nur der Verdienst des Mannes vorhanden ist? Unterernährung und Degeneration sind die Folge!

Diese Zahlen zeigen zur Genüge, wie es um das Dorado städtischer Arbeiter Kolbergs bestellt ist. Solche Löhne bietet die Stadtverwaltung Kolbergs ihren Arbeitern, die fast alle noch im Vollbesitz ihrer Arbeitskräfte sind. Kein einziger der 59 an der Statistik beteiligten Arbeiter hat die Frage: ob neben dem Lohne noch eine Rente bezogen wird, mit Ja beantwortet. Da die Fragebogen allgemein korrekt ausgefüllt sind, so darf das gegebene Material als einwandfrei gelten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter Kolbergs sind demnach sehr reformbedürftig.

Nun haben sich, wie bereits eingangs erwähnt, die städtischen Arbeiter Kolbergs zusammengeschlossen. Sie beschäftigten sich in mehreren Versammlungen mit der Aufstellung ihrer Forderungen, die sich durch die Anleitung der Stadtverwaltung zu unterbreiten beschloßen. So soll unter anderem gefordert werden: Einführung von Wochenlöhnen, und zwar für die ersten Feuerhausarbeiter 24 M., für die zweiten Feuerhausarbeiter 21,60 M., für die Gärtner, Schmiede, Rohrleger und Geizer 23,40 M. und für alle übrigen städtischen Arbeiter 18 M. pro Woche; Bezahlung der Überstunden mit 25 Proz. und der Sonntags- wie der Nachtarbeit nach 9 Uhr abends mit 50 Proz. Zuschlag; Berechnung des Wochenlohnes unter Zugrundelegung von sechs Arbeitstagen; Bezahlung der Feiertage; Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld; Weiterzahlung des Lohnes bei Ableistung militärischer Wehungen; Einführung der Achtstundenschicht für die Feuerhausarbeiter des Gasanfalls; Reduzierung der Arbeitszeit auf zehn Stunden für alle Arbeiter, die noch über diese Zeit hinaus arbeiten; Beschaffung von Dienstkleidern, Pausen resp. Unterstüßräumen; Herausgabe von Bestimmungen über Ruhe- und Dinterbliebenenversorgung; Anerkennung einer aus gleichen Teilen der vortrabenden zusammengesetzten Schlichtungskommission u. a. m. Die Gültigkeit des Tarifs soll bis zum 1. April 1912 dauern.

Erfolg winkt den Kolberger Kollegen selbstverständlich nur dann, wenn sie in ihrem Ringen um die Verbesserung ihrer Existenz nicht erlahmen, sondern treu zur Organisation stehen. G. C.

Städtische Arbeiterfürsorge in Bayreuth.

Auch hier kann man von der Stadtverwaltung sagen, daß sie Arbeiterfragen nur im Schneckenempo erledigt. Seit Jahren schon sind Anträge der Gemeindearbeiter auf Durchführung von Ruhe- und Lohnbestimmungen in Beratung. Die liberale Stadtvertretung hat mit solchen Sachen recht wenig Eile. Vor Gemeindevahlen gehts etwas schneller, weil man da jedenfalls auf die Arbeiterwähler rechnet, bislang ist aber auf diesem Gebiet nichts Positives ans Licht gekommen. Schöner wie die Anträge der Arbeiter im Jahre 1907 behandelt wurden, konnten dies die größten Rückschrittler nicht tun. Die Eingabe der Arbeiter von 1907 kam nicht in spezieller, sondern allgemeiner Lohnaufbesserung aus. Dem Magistrat waren bestimmte Vorlagen nicht gemacht. Trotz der Forderung, gab er zur Antwort, sei eine Erhöhung der Löhne unmöglich, da schon eine Erhöhung von einem Pfennig die Stunde eine Mehrbelastung des Staats von ungefähr 3200 M. bringe. Es ist unglaublich, welche geringen Summen abgelehnt werden, wenn sie den Arbeitern zugute kommen sollen; bei anderen Gelegenheiten werden weit größere Summen für recht wenig kulturrelle Zwecke verpulvert.

Später kamen dann die Gemeindevahlen. In solchen Situationen hält man es stets für geboten, etwas für die Gemeindearbeiter zu tun. Die gewünschte und notwendige Lohnaufbesserung kam aber nicht heraus. Man griff vielmehr zu einer sehr fragwürdigen Vergünstigung und stellte die Schaffung einer Versorgungskasse in Aussicht. Vieles wurde wohl in jener Zeit versprochen, doch nichts gehalten. Auf Schaffung einer Altersversorgung warten die Kollegen nun drei Jahre vergebens. Inzwischen — im Oktober 1908 — verlangten die Arbeiter eine Arbeitsordnung, an die eine Lohnskala angegliedert werden sollte. Auch ihr Entwurf verkaufte in den Bücherschränken, neben dem Projekt der Versorgungskasse. Auf eine Anfrage nach dem Geschick der letzteren erklärte der Magistrat am 20. August 1909, daß die Verwirklichung noch im laufenden Jahre erfolgen werde. Vorher im April des gleichen Jahres hatte Magistrat Keller in einer Versammlung der Gemeindearbeiter versprochen, daß in aller nächster Zeit die Versorgungskasse durchgeführt und er dann sofort die Schaffung einer Arbeitsordnung vornehmen werde. Wieder ist ein Jahr vergangen und nichts ist geschehen. Vater Staat hat seine Beamten angewiesen, alle einlaufenden Anfragen zu beantworten, die Stadtverwaltung Bayreuth laudiert aber anderen Grundfäden. Hier heißt die Beantwortung von Schreiben von Stimmungen der Herren in der Verwaltung ab.

Damit nun aber bei der enormen Gehaltserhöhung der höchsten städtischen Beamten das Mißverhältnis nicht allzu stark in die Erscheinung tritt, hat man 1909 für die Arbeiter eine Lohnzulage von zwei Pfennigen beschloßen. Die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung von drei Pfennigen wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Ein späterer Antrag auf 10 Proz. Lohnerhöhung, der zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Steuern gestellt wurde, verfiel wieder der Ablehnung, weil — nun weil kein Geld vorhanden sei. Auf eine Anfrage unserer Gaulitung in Nürnberg, wie es mit dem Entwurf der Versorgungskasse stehe, wurde nach dort zurückgeschickt mit dem Bescheid, daß man mit einer „auswärtigen Stelle“ nicht korrespondiere. Man renommierte zwar damit, daß der Entwurf fertiggestellt sei, aber „zunächst“ nicht vorgelegt werden könne. Die Arbeiter aber sehen und hören heute noch von nichts. Um so mehr aber schrien damals bürgerliche Blätter den Ruch der Bayreuther Stadtverwaltung in alle Welt, daß sie ihren Arbeitern Pensionen bis zu 80 Proz. sichere. Als nun die Arbeiter in diesem Frühjahr auf die früheren Eingaben um Lohnerhöhung zurückkamen, wurden sie mit dem Bescheid abgewiesen, daß erst die Versorgungskasse erledigt werden müsse, ehe etwas anderes für die städtischen Arbeiter geschehen könne. Trotzdem sind die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen städtischen Betrieben schlechter als Verbesserung bedürftig. Hier nur ein Beispiel: Im Gaswerk müssen sich 10 Arbeiter in ein und demselben Wasserbad; das ist direkt ekelhaft und im höchsten Grade gesundheitschädlich!

In Punkt sozialer Arbeiterfürsorge geht die Stadtverwaltung tatsächlich ihr Schneckenempo. Zeit ist Geld! Je länger die berechtigten Forderungen der Arbeiter unerfüllt bleiben, desto länger bleiben die Summen hierfür im Stadtsäckel. Dem Magistrat muß jedoch endlich Urmgemacht werden, daß die Arbeiter mit dieser Art Sozialpolitik nicht einverstanden sind und deshalb auf Besserung dringen.

In diesem Sinne sprach Gauleiter Behold in einer am 9. August abgehaltenen Versammlung, die von 70 Kollegen besucht war. Bürgerliche Magistrats- und Gemeinderäte glänzten durch Abwesenheit. Vielleicht wollten sie damit ihre unerschütterliche „Arbeiterfreundlichkeit“ dokumentieren. In der Diskussion wurde denn auch in unzweideutiger Weise die bürgerliche Arbeiterfürsorge kritisiert. Insbesondere wurde darauf verwiesen, daß die vom Magistrat geplante Versorgungskasse sehr viele Pflichten, aber um so weniger Rechte für die Arbeiter vorsieht. Der Rechtsrat Keller, der den Arbeitern versprochen hat, ihren Wünschen, eine Versorgungskasse nach Ludwigshafener Muster und nicht nach Mündener Muster zu schaffen, gerecht zu werden, läßt in der ganzen Sache jetzt nichts mehr tun. Der Gemeindevorstand hat die Dinge unterstrichen mit kräftigen Worten die Darlegungen des Referenten und schilderte wie man ihn bei Anfragen nach dem Stand der Versorgungskasse immer wieder auf die Zukunft vertröstete. Die Arbeiter tragen aber einen enormen Teil Schuld an diesen Verhältnissen. Festhalten an den einmal gestellten Forderungen, mehr Einmütigkeit und Zusammenhalt, kräftigeres Eintreten für die Verbesserung der Lage der Arbeiter sind hier unbedingt notwendig. Außerdem seien bei der nächsten Wahl die rechten Leute ins Kollegium zu wählen, die eine Garantie für die Erfüllung der Wünsche der Gemeindeglieder geben.

In einem recht wirkungsvollen Schlusswort wies Kollege Behold auf die Notwendigkeit hin, sich auf allen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung zu beteiligen, anstatt es mit dem Grundfals zu halten: „Denn die anderen etwas herausholen, bekomme ich es ja auch mit“. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 9. August 1910 in der Rosenau zahlreich versammelten Arbeiter aller städtischen Betriebe bringen hierdurch ihre schärfste Mißbilligung gegen die von der liberalen Stadtverwaltung beliebte und seit Jahren geübte Verschleppungspolitik in der sozialen Arbeiterfürsorge zum Ausdruck. Bei den fortgesetzten Verströungen und Verschiebungen verlieren sie den Glauben daran, daß die Stadtverwaltung es ernst mit der Einführung sozialer Einrichtungen meint. Die Arbeiter ersehen aus der bisher geübten Praxis, daß es für sie Pflicht und Aufgabe ist, ihre Organisation fortgesetzt zu stärken. Ferner halten sie es für ihre Pflicht, das Bürgerrecht zu erwerben, um dadurch ebenfalls für das Wohl ihrer Familie und für das Wohl der Gesamtheit besser sorgen und eintreten zu können. Die Organisation wird beauftragt, sofort wegen der noch nicht erfüllten und bereits seit Jahren eingereichten Forderungen bei den städtischen Kollegien mit aller Energie vorstellig zu werden.“

Soziales von der Brüsseler Weltausstellung.

II.

(Schluß)

Tritt man aus der Eisenbahnhalle der deutschen Abteilung heraus und wendet den Blick nach links, so sieht man im Hintergrunde, dem Grün des Solboschparkes angelehnt, eine hohe und weite Halle, von deren Dach in großen Lettern die Worte leuchten: Huisarbeid — Travail à domicile. Wir schreiten, um zu der Halle zu gelangen, ein paar Stufen hinab, an einigen der Bauten vorbei, die die Internationale Ausstellung von Arbeiterhäusern darstellen, und befinden uns dann im Bereiche der Heimarbeitersausstellung. Sie liegt ganz am Ende der Weltausstellung, dazu merklich tiefer als das übrige Gelände, und wenns regnet fließt sie aus mit den nordöstlich hergerichteten Wegen in dieser abgelegenen Gegend. Wie's üblich ist bei allem, was in proletarischem Gerüche steht, mußte sich auch die Heimarbeitersausstellung in Brüssel mit dem entlegensten und bescheidensten Plätzchen begnügen. Dazu ist sie sehr spät eröffnet worden. Der Architekt ließ lange auf sich warten mit den Bauten; es kam noch manches andere, was die Fertigstellung verzögerte, und wenn nicht Haiti und Ecuador wären, die ihre Abteilungen noch nicht vollendet haben, so wäre der Heimarbeitersausstellung der zweifelhafte Ruhm zugefallen, den Gipfel der Saumfeligkeit auf der Brüsseler Weltausstellung erreicht zu haben. Aber sie ist Haiti und Ecuador zuvorgekommen und nach mehrmaligem Aufschieben am 8. Juli eröffnet worden — äußerlich vielleicht der beste Beweis, aber in ihrem Wesen mit der interessanteste Teil der großen Weltausstellung in Brüssel.

Das Zustandekommen der Heimarbeitersausstellung ist in erster Linie unsern Brüsseler Genossen zu danken, die im Gemeinderat den Antrag stellten, daß die Stadt Brüssel auf der Weltausstellung die belgische Heimarbeit zur Darstellung bringen solle. Das Beispiel von Berlin, Frankfurt und Amsterdam hatte unsere Genossen im Brüsseler Gemeinderat zu ihrem Vorgehen angeregt. Ihr Antrag fand Zustimmung; zur Ausführung des Unternehmens wurde

Brief aus Barmen.

Am 24. Mai dieses Jahres beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Errichtung von Arbeiterausschüssen. Bis-her hat man aber noch nichts gehört, wann diese in Kraft treten sollen. Die Stadtverwaltung hält sich in dieser Beziehung in tiefes Schweigen. Und doch sind die Arbeiterausschüsse als auch die Arbeitsordnung für alle Betriebe unbedingt notwendig, wenn der Unterbeamtenwille für einigermaßen Einhalt getan werden soll. Es sollen z. B. laut Beschluß der Stadtverordneten 33½ Proz. für Überstunden und 50 Proz. Zuschlag für Nachtarbeit gezahlt werden. Einige Betriebe haben dies seit längerer Zeit verwirklicht. In anderen Betrieben, wo die Vorgesetzten besonders „gut“ auf die Arbeiter zu sprechen sind, kehrt man sich einfach nicht an die auf dem Rathause gefassten Beschlüsse. Man bezahlt dort die geleistete Überzeitarbeit eben nach Gutdünken. Was sagen die Stadtverordneten dazu, wenn ihre Beschlüsse auf diese Weise umgangen werden? Es wäre der Stadtverwaltung ein leichtes, hier Abhilfe zu schaffen, indem die Arbeiterausschüsse errichtet werden und die Arbeiter ihre Arbeitsordnung ausgehändigt belämen, nach welcher sich eben auch die Vorgesetzten zu richten haben.

Genau so sieht es mit der Gewährung von Sommerurlaub aus. Auf dem Gaswerk erhalten die Leute, denen sieben Tage Urlaub zustehen, diese auch mit vollem Lohn vergütet. Am Kanalbetrieb wird dagegen diesen Leuten der Sonntag als siebenter Urlaubstag angerechnet, nicht aber vergütet. So gibt es noch mehr Betriebe, wo die Feiertage als Urlaubstage berechnet, nicht aber vergütet werden. Dem Arbeiter sind aber, wenn er genügend lange im städtischen Dienste steht, sieben Tage Urlaub zugesichert, nichtin muß er auch sieben Tage vergütet bekommen. Auch hieraus geht hervor, daß die Unterbeamten schalten und walten, wie sie es für gut halten. Am 3. April d. J. nahmen die Kollegen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu dieser Angelegenheit. Um eine solche Unregelmäßigkeit in diesem Jahre zu vermeiden, wurde eine Eingabe mit dem Ersuchen an den Oberbürgermeister eingereicht, die zuständigen Dienststellen anzuweisen, daß alle die Tage, die als Urlaub berechnet werden, auch zu vergüten sind. Bisher ist noch nichts geschehen. Auch in diesem Jahre verfahren die einzelnen Betriebsleiter wieder unterschiedlich. Man sollte doch meinen, daß man den Arbeitern das, was von den Stadtverordneten bewilligt wird, auch gewährt. Warum knappt man den Arbeitern an dem sowieso geringen Urlaub auch noch einen Tag ab. Will man etwa auch hier an den Löhnen der Arbeiter sparen, indem man ihnen nicht gibt, was ihnen zusteht.

Bekanntlich beschloßen unsere Stadtveräter auch am 14. und 15. März, daß die Gasanstalt zum 1. April nächsten Jahres

ein Komitee ernannt, an dessen Spitze Bürgermeister May trat. So kam auf Anregung und unter Mitwirkung unserer Genossen, die bei der Beschaffung und Anordnung des Materials hervorragend tätig waren, die Heimarbeitersausstellung zustande, und nach dem Zulauf zu rechnen, den sie schon in den ersten Tagen nach ihrer Eröffnung hatte, darf sie den Anspruch erheben, für diejenigen Weltausstellungsbesucher, die etwas mehr als ihre Schaulust befriedigen wollen, eine notwendige Ergänzung des üblichen auf Geschäft und Kellame berechneten Ausstellungsgetriebes zu bedeuten.

Sehen wir den begonnenen Gang zur Halle fort, so haben wir auf dem Wege dahin rechts und links zunächst eine Reihe von eigentümlichen Bauten zu passieren. Es sind Arbeiterhäuser, wirkliche Arbeiterhäuser, nicht solche, wie sie bei derartigen Gelegenheiten von Behörden und Unternehmern als Kellame zur Schau gestellt werden. Arbeiterhäuser mit all ihrer räumlichen Enge, mit ihrer äußeren und inneren Armlosigkeit, mit ihrer Licht- und Luftlosigkeit, wie sie in der Niederung des Proletariats, wo die Heimarbeit herrscht, üblich ist. Gleich rechts das Haus eines Webers aus Courtrai, eine geräumige, zum Wohnen benutzte Küche, in der ein Mädchen an einem Spinnrade wirkt, daneben der Werkstatt, dessen ganzes Innere der Weibstuhl ausfüllt, oben zwei Stämmen zum Schlafen. Es sieht noch leidlich wohllich aus in diesen Mauern, zum Unterschied von dem traurigen Gefäß von höhlenartiger Beschaffenheit, das einer Familie zur Werkstätte dient, die sich mit der Fußfärberei beschäftigt. Daran schließt sich die Werkstätte eines Nagelschmiedes, der in unaufhörlicher Einerlei große dreiköpfige Nägel herstellt, immer dieselben Nägel, in immer demselben Tempo, mit immer demselben Danbarfien. An der Wand geht ein Rad, in dessen Innerem ein Hund läuft, der auf diese Weise das Gebläse für das Schmiedefeuer in Betrieb setzt — genau wie sein Herr in immer demselben Tempo, mit immer derselben Bewegung. Beide ein Sinnbild der entgeistigten Arbeit, die schließlich den Menschen dem Tiere gleich macht. Auf der linken Seite haben wir das enge Heim eines Seilers, der von dort auf langer Bahn gemächlich seine Fäden dreht. An die Halle

auf Betrieb gesetzt werden soll. Es läßt sich leicht denken, daß dadurch eine berechtigte Erregung unter den Gasarbeitern entstanden ist. Am 28. April und am 14. Mai wurde je ein Gesuch um eine Arbeiterausschüttung an den Oberbürgermeister eingereicht. Auf das erste Gesuch kam eine mündliche Antwort durch die Betriebsleitung, mit welcher sich aber die Arbeiter nicht zufrieden geben konnten. Auf das zweite Gesuch kam am 4. Juni folgende schriftliche Antwort:

Der Oberbürgermeister.

Barmer, den 4. Juni 1910.

Das Zustandekommen des Vertrages über die Gasfernversorgung ist noch zweifelhaft. Verhandlungen über die Weiterbeschäftigung und Versorgung der Arbeiter können aber naturgemäß erst stattfinden, wenn die Außerbetriebsetzung des Barmer Gaswerkes feststeht. Sobald dies der Fall ist, werden der Herr Dezerent und ich Ihre Wünsche gern entgegennehmen.

An den Arbeiterausschuss der Gasanstalt

Voigt.

Barmer-Nr.

Vor etwa drei Wochen wurde nun dem Arbeiterausschuss mitgeteilt, daß die Gasfernversorgung endgültig geregelt sei, die Leute bekämen nun auch in nächster Zeit zu wissen, was mit ihnen geschehe, wenn die Gasanstalt außer Betrieb gestellt werde. Bis heute hat aber noch niemand etwas von sich hören lassen. Will man etwa auch hier die Arbeiter bis zum letzten Augenblick im Unklaren lassen? Die Leute haben ein Recht, zu wissen, wie es um ihre weitere Existenz bestellt ist. Oder will man mit Absicht die Orientierung der Arbeiter so weit als möglich hinauschieben?

Im Straßenreinigungsbetrieb herrscht immer chronischer Arbeitermangel. Dieser Betrieb gleicht nahezu einem Taubenschlag. Das Personal kommt und geht, es wechselt fortwährend. Es ist deshalb kein Wunder, wenn im letzten Winter Leute in den bürgerlichen Zeitungen von Dortmund und Umgegend für den Barmer Straßenreinigungsbetrieb gesucht wurden. Auswärtige Arbeiter scheinen sich der besonderen Gunst der Vorgesetzten zu erfreuen. Ein von Dortmund gelommener Arbeiter wurde gleich als Vorarbeiter eingestellt. Warum auch nicht, will der Mann doch Aufseher in Dortmund gewesen sein, da muß er doch seine Arbeit ganz gründlich verstehen. Offenbar will man in diesem Betriebe nur auswärtige Arbeiter als Vorarbeiter einstellen. Vor noch nicht langer Zeit waren drei Herren von Barmer in Arefeld und suchten dort Vorarbeiter für den Straßenreinigungsbetrieb in Barmer. Einer dieser Herren stellte sich als Cheraufseher vor und bot den Leuten, falls sie nach Barmer als Vorarbeiter gingen, 4,20 Mk. Lohn pro Tag. Ferner erwähnten sie, daß die Barmer Arbeiter nicht als Vorarbeiter zu gebrauchen seien. Weshalb denn nicht? Nun, weil sie zum größten Teil organisiert sind und die Leute nicht ge-

nügend drillen können. Anständige Behandlung ist nicht gerade der Mehrzahl der Pirren Vorarbeiter eigen. Wir haben seinerzeit schon einmal erwähnt, wie der Vorarbeiter Brühl einen Arbeiter in Gegenwart eines Vorgesetzten mit Douchaufschlägen bedrohte. Dieser selbe Vorarbeiter drohte kürzlich wieder einem Arbeiter mit Kopfeinschlagen. Der Fall trug sich so zu: Einem Arbeiter wurde ein neuer Besen von dem Depotträger fertiggestellt und mit dem Namen des Arbeiters versehen. Der Vorarbeiter Brühl nahm den Besen aber für sich in Anspruch, trotzdem derselbe mit dem Namen des Arbeiters versehen war. Als der Arbeiter den Besen verlangte, fuhr ihn der Vorarbeiter an: Wenn Du nicht machst, daß Du wegstommst, schlage ich Dir den Hirnlasten ein. Weitere Worte wie: Da kannst Du einen Donner Jungen spüren u. a. m., glaubte der gute Mann noch zur Befestigung seiner Drohung gebrauchen zu müssen. Es ist eine Schande, daß Barmer Bürger solcher Behandlung ausgesetzt werden. Damit aber noch nicht genug, man setzt die Leute auch noch in anderen Städten in ihrem Ansehen herunter; sie sind als Vorarbeiter nicht zu gebrauchen. Was sagt die Stadtverwaltung zu derartigen Verkommenissen? Einem Arbeiter, der sich solch ein Benehmen dem Vorarbeiter gegenüber erlaube, würde nicht allein die Entlassung, sondern obendrein noch gerichtliche Verfolgung sicher sein. Vorarbeiter dürfen bis zur Zeit so etwas ungefragt tun.

Nicht viel besser sind die Zustände im Müllabfuhrbetriebe. Eiffländige Arbeitszeit täglich und am Sonntag auch noch ein bis zwei Stunden sind hier üblich. Außerdem muß je ein Mann Sonntags noch 4 Stunden Stadtdienst verrichten. Für diese Ueberzeitarbeit sowie Sonntagsarbeit wird Lohn nicht vergütet. Hier haben die Leute besonders unter der Behandlung des Verwalters des Fuhrunternehmers zu leiden. Es wäre die höchste Zeit, daß hier die Stadtverwaltung eingreift. Es ist einfach unverständlich, daß die Leute als städtische Arbeiter für den Fuhrunternehmer Stadtdienst verrichten müssen, außerdem müssen sie noch 15 bis 16 Pferde des Unternehmers mit bedienen, die sonst für diese Arbeiter nicht in Betracht kommen. Der Unternehmer schafft sich auf diese Weise billige Arbeitskräfte, denn für diese Privatarbeit wird gar nichts bezahlt.

Auf diese Art könnten wir noch weiter fortfahren und Uebelstände ans Tageslicht ziehen. Der Stadtverwaltung wäre nur zu raten, den Unterbeamten das Verfügungsrecht zu beschränken. Der Arbeiter, der Pflichten hat, will auch Rechte haben und Recht bekommt er in den meisten Fällen eben nicht. Spannt man den Bogen zu straff, dann zerbricht er; das wird auch hier nicht ausbleiben, wenn nicht bald ein anderer Kurs eingeschlagen wird.

angelehnt dann das Haus eines Büchsenmachers aus Lüttich, wo in der Waffenindustrie 6600 Heimarbeiter beschäftigt sind. Das Haus besteht aus Küche und Werkstatt im Erdgeschoß und zwei darüberliegenden Kammern. In der Werkstatt, die nicht mehr als 11 Quadratmeter Fläche hat, sind fünf gewöhnlich drei Arbeiter beschäftigt.

Man hat sich bemüht, die Heimarbeiterhäuser möglichst genau in der Originalgestalt erhalten zu lassen. Selbstverständlich ist es nur in beschränktem Maße möglich, der Wirklichkeit gerecht zu werden. Die räumliche Enge, die Luft- und Lichtlosigkeit der Proletarierwohnung, die Mißstände, die sich beim Heimarbeiter durch das Gemisch von Wohnung und Werkstatt ergeben, das kommt zwar genügend zur Geltung, aber hier auf der Ausstellung ist doch alles sauber und neu, es sind lediglich gesunde Menschen, die man hier bei der Arbeit sieht, und von dem Grün des umgebenden Parks geht ein Schimmer von Behagen auf die Häuser über. Das fehlt in der Wirklichkeit, dagegen muß man sich vieles andere, was zum Wohnungselend des Proletariats gehört, hinzudenken, um die Wirklichkeit zu erreichen.

Beim Eintritt in die Haupthalle, ein hoher, von oben belichteter Raum, fällt unser Blick auf die an sämtlichen vier Wänden angebrachten Zellen, die als Werkstätten für die verschiedenen Heimarbeiter hergerichtet sind. Wir sehen dort der Reihe nach einen Wärmearbeiter, der Gestelle für Uhren usw. macht, eine Nähmaschinenherstellerin, zwei Kinder bei der Konfektbereitung, einen Herrenschneider, drei Spitzenklöpplerinnen, eine Handschuhmacherin, einen Bandmaschinenmacher, einen Zigarrenmacher, eine Kartonnagearbeiterin, zwei Schuhmacher, mehrere Wäschenerinnen und an den beiden Enden der Halle je einen Weber. Auch hier hat man sich bemüht, die Ausstattung der Wirklichkeit anzupassen, aber auch hier ist, was von den vorher erwähnten Häusern gesagt wurde, daß das wirkliche Elend nur zum Teil wiedergegeben werden konnte. In den Zellen der weiblichen Arbeiter findet sich meist ein ärmliches Bett, als Zeichen, daß sich auf diesem engen Raum das ganze zwischen kurzem Schlaf und langer Arbeit geteilte Leben der

Bewohnerin vollzieht; in der Werkstatt des Zigarrenmachers steht eine Wiege und hängen Anabensleider an der Wand, um anzudeuten, daß in dieser Arbeitslust auch das junge Geschlecht heranwächst. Einige der Räume haben als Schmutz sozialistische Bilder, in den meisten wird jedoch, wie die Heiligen- und Fürstenbilder beweisen, Gott und der König verehrt. In der Mitte der Halle finden sich Schaufenster mit Heimarbeiterzeugnissen, ebenso wie auch auf der Galerie, die die Halle in halber Höhe durchzieht. Die Wände oberhalb der Galerie sind bedeckt von Tafeln mit Darstellungen und Statistiken über die belgische Heimarbeit, mit Bildern und Zeichnungen, die die Zustände in den Wohnungen und Werkstätten der Heimarbeiter schildern. Wir sehen hier weiter ein großes Tableau, auf dem ärztliche Fachmänner die Berufskrankheiten der Heimarbeiter schildern; auch auf die früheren Heimarbeitsausstellungen (Berlin, Frankfurt, Amsterdam) ist durch Photographien und Zeichnungen Bezug genommen.

Selbstverständlich ist jedem der ausgestellten Heimarbeiterzeugnisse ein genauer Ausweis über Lohn, Arbeitsdauer usw. beigegeben. Es ist ein weiter Abstand zwischen dem Lütticher Büchsenmacher, der es in der Woche bei 56 Stunden Arbeit auf 36 Franken Lohn bringt, und dem jämmerlichen Verdienst einer Nähmaschinenherstellerin oder einer Spitzenklöpplerin. Hier erreichen die Arbeitszeiten eine erschreckende Höhe und die Arbeitslöhne eine ebenso erschreckende Tiefe. Die unterste Grenze von Heimarbeiterelend dürfte ein Spitzenklöppler darstellen, für das bei 72 Stunden Arbeitszeit 2,63 Franken, also 2,10 Mark bezahlt wurden!

Wie in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, so drängen sich dem denkenden Beobachter auch auf einer Weltausstellung die sozialen Gegensätze auf. Auf dem tiefen und breiten Untergrunde von Elend und Not, von dem die Heimarbeitsausstellung ein Zipselchen lüftet, baut sich die mächtige Industrie, der Glanz aller der Herrlichkeiten auf, worauf der Ruhm unseres Zeitalters beruht. Wann wird die Zeit kommen, wo diejenigen, die durch ihrer Hände und Köpfe Arbeit diese Herrlichkeiten schaffen, auch zum Nutzen berufen sind!

Aus dem Geschäftsbericht der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke für 1909.

Die Zahl der versicherten Betriebe stieg gegen das Vorjahr von 2774 auf 2905, also um 21. Davon sind Steinkohlengaswerke 1285, Gaskaswerke 9, Azeotengaswerke 118, Luftgaswerke 58, Wassergaswerke 8, Wasserwerke 1400 und Kanalisationswerke 121. Mit anderen Betrieben unter einer Katasternummer vereinigt sind außerdem 2 Steinkohlengaswerke, 1 Gaskaswerk, 1 Azeotengaswerk, 1 Luftgaswerk, 139 Wasserwerke und 6 Kanalisationswerke. Als Nebenbetriebe sind versichert 16 Kanalisationswerke ohne Motore, 62 Wasserwerke, 8 Gasrohrnetzbetriebe, 9 Wasserrohrnetzbetriebe, 117 elektrische Betriebe und 204 sonstige Betriebe.

Die durchschnittliche Zahl der versicherten Personen stieg von 70079 im Jahre 1908 auf 71403 (1,59 Proz.). Auf einen Betrieb entfielen durchschnittlich 23,84 Personen gegen 23,26 im Vorjahre. Es ist also ein Rückgang eingetreten, was nach dem Bericht auf die weitere Ausbreitung maschinellen Antriebes und auf Einführung neuer Ofensysteme zurückzuführen ist. — Auf Gaswerke entfielen 56731, auf Wasserwerke 12400 und auf Kanalisationswerke 2212 Mitarbeiter.

Nachdem am 31. Dezember 1908 die Frist zur Durchführung der neuen Unfallverhütungsvorschriften abgelaufen war, ist eine umfangreichere Revision der Betriebe vorgenommen worden. Revidiert wurden 1452 Betriebe — gegen 244 im Vorjahre. Völlig in Ordnung sollen 279 Betriebe gewesen sein, während in 1173 mehr oder minder erhebliche Mängel festgestellt wurden. In 762 dieser Betriebe wurden die gefundenen Mängel bis zum Schluß des Berichtsjahres beseitigt. 411 waren damit noch rückständig. Von den aus früheren Jahren bemängelten Betrieben waren ebenfalls noch fünf rückständig!

Wiederholt hat den Genossenschaftsvorstand die Frage beschäftigt, ob die Innenbeleuchtung von Apparat- und Reinigungsräumen mittels Lampen von G. Himmelsbüdingen und Hauser-Stuttgart zulässig ist. Der Gesamtvorstand hat dies verneint. Die Ziffer 18 der Unfallverhütungsvorschriften für Kohlegaswerke schreibt vor, daß die Beleuchtung der Apparat- und Reinigungsräume und der Gasbehältergebäude durch offene Flammen nur von außen geschehen darf. Die Flammen sind so anzubringen, daß aus dem Innern etwa austretende Gas mengen an den offenen Flammen sich nicht entzündend können. Nun wird gesagt: Die Himmelsbüdingen und die Hauser'schen Lampen seien keine „offenen“ Flammen. Das ist nicht richtig. Denn im Gegensatz zu den offenen Flammen stehen die in Ziffer 19 erwähnten elektrischen Sicherheitslampen und die tragbaren Leucht-Sicherheitslampen, die außen entzündet und nur in Notfällen hereingebracht werden dürfen. Die Ziffer 18 und 19, wo Elektromotoren, Schaltapparate und Sicherungen in den genannten Räumen unterlagert werden, geben darauf aus, jede Art von Flammen und Feuer aus den genannten Räumen fernzuhalten und im Falle des Gasaustritts die Zündung zu verhindern. Deshalb ist sogar darauf hingewiesen, daß Außenbeleuchtung derart anzubringen ist, daß im Falle Gas aus dem Fenster tritt, eine Zündung nicht möglich ist. Die Fenster, vor welchen sich Außenlaternen befinden, dürfen deshalb nicht zum Öffnen eingerichtet sein oder nur oben zu öffnende Flügel besitzen. Es soll also nicht möglich sein, etwa von innen die Lampen mittels eines Streichhölzchens zu entzünden. Die Hauser'schen und Himmelsbüdingen Lampen sind aber ständige Einrichtungen zur Innenbeleuchtung. Ein Vertrauensmann berichtete der Genossenschaft über eine an einer Himmelsbüdingen Lampe vorgenommene Explosion. Solange die Lampen gut funktionieren, mag keine Gefahr vorliegen, diese liegt aber vor, sobald beispielsweise die Rohre, insbesondere die Abzugsrohre, durch Rost Schaden nehmen. Außerdem liegt die Gefahr nahe, daß die Lampen bei Schadhafwerden oder wenn die automatische Zündung versagt, von innen mit Streichhölzern angezündet werden.

Ferner hat der Vorstand sich mit der Frage beschäftigt, ob Elektromotoren, Schaltapparate und Sicherungen in Apparat-, Reinigungsräumen usw. von Gaswerken dann aufgestellt werden dürfen, wenn erstere in besonderen Luft- und staubdichten Schutzhäuten stehen. Auch diese Frage ist verneint worden, weil in Gaswerken ständig mit der Gefahr des Gasaustritts zu rechnen ist.

Wo gegen diese Verbote gehandelt wird, können unsere Kollegen sehr leicht dadurch Abhilfe schaffen, daß sie davon der Berufsgenossenschaft auf einer Postkarte Kenntnis geben. Das ist ein billiges und einfaches Verfahren. Eine derartige Anzeige kann unter Umständen viel Unheil verhüten.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle sank von 4095 im Jahre 1908 auf 4931, also um 1,28 Proz. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle stieg dagegen von 473 auf 512, also um 8,25 Proz. Im Verhältnis zur Zahl der versicherten Personen hat sich die Gesamtzahl der Unfälle gegen das Vorjahr von 71,29 auf 69,08 auf 1000 Versicherte vermindert. — Von den 512 im Jahre 1909 erstmalig entschädigten Unfällen hatten 39 den Tod, 2 dauernde völlige, 141 teilweise und 330 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die Verstorbenen hinterließen 32 Witwen und 67 Kinder.

Von den Berufungen gegen die Entschädigung der Genossenschaft wiesen die Schiedsgerichte 200 zurück. 64 wurden ganz oder teilweise für gerechtfertigt erachtet und 30 anderweitig erledigt. Anträge der Verletzten auf Rentenerhöhung wurden ebenfalls in 6 Fällen zurückgewiesen und nur in 4 Fällen ganz oder teilweise für begründet erachtet. Dagegen wurden Anträge der Berufsgenossenschaft auf Rentenminderung und Rentenentziehung in 50 Fällen ganz oder teilweise als begründet erachtet und nur in 6 Fällen als unbegründet zurückgewiesen. — Vom Reichsversicherungsamt wurden 6 Rekurse der Genossenschaft und 40 der Verletzten zurückgewiesen, während 3 Rekurse der Genossenschaft und 8 der Verletzten ganz oder teilweise für begründet erachtet wurden.

Die Unfalluntersuchungskosten betrugen 27 806 Mk. und die Kosten des Rechtsgangs 10 224 Mk.

Zur Fürsorge für Verletzte innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall wurden ganze 46 Mk. aufgewendet. Man überläßt die Fürsorge lieber den Krankenkassen, zu welchen die Arbeiter auch Beiträge zahlen müssen, und schont so die Taschen der Unternehmer.

Der Durchschnittslohn betrug 1236 Mk. pro Jahr.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1909.

Fünfzehn Jahre Arbeitersekretariat ist das Signum, unter welchem die Statistik der Sekretariate und Auskunftstellen für das Jahr 1909 in die Öffentlichkeit geht. Als vor 15 Jahren, am 1. November 1894, in Nürnberg das erste Sekretariat gegründet wurde, dachten gewiß selbst die Optimisten nicht, nach 15 Jahren 112 derartige Einrichtungen als vorhanden in Aussicht stellen zu können, denn mühelos ist den Nürnberger Arbeitern die Gründung der ersten Einrichtung dieser Art nicht gewesen. Schon im Jahre 1891 beschaffte sie der Plan, der 1894 zur Verwirklichung gelangte. 1897 gingen dann die Arbeiter zweier anderer Städte an die Gründung von Sekretariaten. Drei Sekretariate bestehen seit 1894.

Das darauf folgende Jahre 1899 brachte ein Ereignis für die Sekretariate von vielleicht nicht minder hoher Bedeutung als die erste Gründung: den Frankfurter Gewerkschafts-Kongress und seine entscheidende Stellungnahme zu den Sekretariaten. Der damals angenommene Antrag schaffte die Grundlage für die weitere Entwicklung. Er stellte die Grundfrage auf, die bei den Gründungen maßgebend sein sollten und legte die Voraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, ehe an die Errichtung eines Sekretariats gegangen wird.

Will man beurteilen, was in den zehn Jahren seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongress auf dem Gebiete des Rechtshilfs und der Rechtshilfe geleistet worden ist, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Referent zu der Frage des Kongress berichtete, daß bis dahin 7 Sekretariate und etwa 30 Auskunftstellen bestanden. Heute sind mehr als hundert Sekretariate und fast einunddreihundert Auskunftstellen vorhanden. Nach der vorliegenden Statistik berichten 112 Sekretariate und 172 Auskunftstellen zusammen über 609 472 erteilte Auskünfte im Jahre 1909. Was in den 15 Jahren seit dem Bestehen des ersten Sekretariats von allen zusammen geleistet worden ist, läßt sich in Zahlen nicht ausdrücken, da statistische Aufzeichnungen für die Sekretariate erst seit 1901, für die Auskunftstellen erst seit 1905 vorgenommen werden. Für diese Zeit berichtet die Statistik über 3 161 900 erteilte Auskünfte. Von den Sekretariaten — die Auskunftstellen berichten hierüber nicht — wurden in dieser Zeit 717 614 Schriftsätze angefertigt.

In den neun Jahren, also seit dem Jahre 1901, seit welchem statistische Aufnahmen für Arbeitersekretariate veranstaltet werden, wurden von diesen allein insgesamt über 3 Millionen, und zwar 3 016 054 Auskünfte erteilt bezw. Rechtshilfen geleistet. Davon entfallen auf Arbeiterversicherung 846 500 gleich 29,7 Proz., Bürgerliches Recht 876 705 = 29,1 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag 461 868 = 15,3 Proz., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 373 847 = 12,4 Proz., Strafrecht 204 556 gleich 6,8 Proz., Arbeiterbewegung 50 537 = 1,7 Proz., Privatversicherung 34 860 = 1,2 Proz., Handels- und Gewerbebetriebe 15 473 gleich 0,5 Proz. und Vereins- und Versammlungsrecht 5921 gleich 0,2 Proz. und Sonstiges 86 622 = 2,9 Proz.

Der Gesamtentwicklung der Sekretariate entsprechend schließt sich das Berichtsjahr seinen Vorgängern an. Es wurden im Berichtsjahr neu gegründet die Sekretariate: Ansbach, Purg, Dresden-Döhlen, Freiburg i. Schl., Lüdenscheid, R.-Glabach, Reuß, Plettenberg, Rudolstadt und Solingen.

Von den 112 berichtenden Sekretariaten wird die Auskunft, die erste Tätigkeit aller Sekretariate, von 82 an alle Auskunftsuchenden erteilt, gleichviel ob sie organisiert oder nichtorganisiert sind und welcher Bevölkerungsklasse sie angehören. 71 von diesen Sekretariaten gewähren auch allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 14 Sekretariate Auskunft und gewähren Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe 10 Sekretariate. 4 Sekretariate gewähren Rechtshilfe und geben Auskunft an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren nichtorganisationsfähige Angehörigen. Ein Sekretariat gibt auch außer diesen Unorganisierten in Ausnahmefällen Auskunft.

Vertretungen vor Gerichten haben 85 Sekretariate übernommen. Wie in den Vorjahren wird auch in diesem von einigen Sekretariaten berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an anderen nicht. In Lübeck zum Beispiel werden Referendare als Vertreter einer gegnerischen Auskunftsstelle vor allen Gerichten zugelassen; während der Vertreter des Arbeitersekretariats vor den ordentlichen Gerichten überhaupt nicht, vor dem Gewerbegericht nur in Ausnahmefällen zugelassen wird, obwohl er früher Arbeiter war.

Die Beschwerdebemittelung übernahmen von allen Sekretariaten 104. 73 Sekretariate betreiben Statistik. Die Agitation für die Gewerkschaften oder andere gewerkschaftliche Arbeiten besorgen 85 Sekretariate.

Die Art der Aufbringung der Mittel für die Sekretariate läßt ebenso wie andere Erscheinungen die sich immer fester gestaltende Form der Organisation erkennen. Die Zahl der Orte, an welchem für das Sekretariat von den Mitgliedern an Ort besondere Beiträge erhoben werden, wird immer geringer. Während im Vorjahre von 103 Sekretariaten für 38 von den Mitgliedern ein besonderer Beitrag für das Sekretariat erhoben wurde, geschah dies 1900 bei vorhandenen 112 Sekretariaten nur noch an 31 Orten. In einem von diesen 31 Orten erheben den besonderen Sekretariatsbeitrag nicht alle Organisationen an Ort, in 8 tragen neben den besonderen Beiträgen die Organisationskosten oder die Kartellkosten zu den Kosten bei. Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus der Kartellkasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 68 Sekretariate unterhalten. 12 von den berichtenden Sekretariaten unterhielt der Arbeitgeberverband. Von der Generalkommission wurden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. Unter letzteren befindet sich ein Sekretariat, für welches von den Mitgliedern an Ort noch besondere Sekretariatsbeiträge erhoben werden. Zu 2 Sekretariaten zahlte die Generalkommission 1900 einen Zuschuß. Bestimmte Zuschüsse erhielten die Sekretariate an 39 Orten von den Parteiorganisationen, an 8 Orten von sonstigen Arbeiterunternehmungen. Das Sekretariat Koburg wird vollständig aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten. Das Sekretariat Pant erhält einen Zuschuß aus Gemeindegeldern. Einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhielt das Sekretariat Gotha bis zum 31. Dezember 1900. Das Sekretariat wurde am 1. Januar 1902 eingerichtet, nachdem die Regierung einem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage folgend, einen Zuschuß bereitstellte. Nachdem im Ländchen die Scharfmacherei die Oberhand gewonnen, versuchte man zunächst von hintenherum den Arbeitern die Verwaltung aus den Händen zu winden; als dies nicht gelang, wurde dem Sekretariat der Zuschuß in Höhe von 2000 Mk. entzogen und die acht Jahre unentgeltlich innegehabten Räume aufgelündigt. Die Gothaer Arbeiter werden den dortigen Scharfmachern zeigen, daß es auch ohne Staatszuschuß vorwärts geht.

Ueber Einnahmen und Ausgaben haben 102 Sekretariate berichtet. Die Gesamteinnahme betrug 484 316 Mk., die Gesamtausgaben erreichten die Summe von 452 037 Mk. Von den Einnahmen entfielen auf die Kartellkassen 156 156, auf die beteiligten Organisationen 112 896, 148 711 Mk. wurden durch laufende Beiträge der Mitglieder aufgebracht. Unter den weiteren Einnahmen waren der größere Teil Zuwendungen, und zwar zahlte die Generalkommission im Jahre 1900 an einmaligen und laufenden Zuschüssen an die Sekretariate 10 835 Mk. Von den Parteiorganisationen wurden den Sekretariaten 12 116 Mk. zugeführt, von sonstigen Arbeiterunternehmungen 2768 Mk., ferner befinden sich unter den Zuwendungen 5330 Mk. aus Staats- und Gemeindegeldern.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate zeigt auch in diesem Jahre insgesamt eine starke Steigerung. Die Gesamtzahl der Auskunftsuchenden ist in diesem Jahre auf über eine halbe Million angewachsen, sie beträgt 543 304 gegen 488 895 des Vorjahres. Die Steigerung beträgt also 54 409 oder 11,13 Proz. 19,00 Proz. dieser Zunahme oder 52 271 entfallen auf die Arbeitnehmer und deren Angehörige. Von allen Auskunftsuchenden

waren 496 527 männliche, 80 844 weibliche Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen. 23 811 Auskunftsuchende waren solche, die unter den Sammelbegriff sonstige Personen in der Statistik zusammengefaßt sind, also Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende oder andere, nicht als Arbeitnehmer zu bezeichnende Personen. Behörden, Vereine und Korporationen wandten sich an die Arbeitersekretariate in 2122 Fällen. Von allen Auskunftsuchenden wohnten am Sitz des Sekretariats 398 154, aus anderen Orten kamen 145 150. Gewerkschaftlich organisiert waren von allen Auskunftsuchenden Personen 379 194 oder 70,1 Proz.

Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte weist gleichfalls eine erhebliche Steigerung auf, und zwar um 54 207. Die Zahl der insgesamt erteilten Auskünfte beträgt 569 246, wovon 35 929 schriftlich erledigt wurden. Mit den Auskünften und der Rechtshilfe stiegen auch die Schriftsätze, und zwar von 131 129 auf 144 355, also um 13 226 oder 10,09 Proz. Persönliche Vertretungen erfolgten im Jahre 1900 von 91 Sekretariaten 5148, gegen 1908 ein Mehr von 884.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartellstellen weisen den gleichen Entwicklungsgang auf wie die Sekretariate; ihre Zahl stieg im Berichtsjahre auf 172, ihre Frequenz auf 40 226 erteilte Auskünfte. Nicht nur mündliche, sondern auch schriftliche Auskunft wird von 153 Auskunftsstellen erteilt. Auch ein erheblicher Teil Schriftsätze, wie Klageschriften, Beschwerden und anderes sind von den Auskunftsstellen angefertigt worden.

Wie die nachstehende Uebersicht zeigt, hat sich die Zahl der Orte, an welchen Einrichtungen für die Auskunftserteilung und Gewährung von Rechtshilfe vorhanden waren, um 24, die Zahl der erteilten Auskünfte und gewährten Rechtshilfen um 57 816 vermehrt.

Zahl der Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen in den Jahren	1908		1900		Zunahme der erteilten Auskünfte
	1908	1900	1908	1900	
Arbeitersekretariate . . .	103	112	515 089	569 246	54 207
Auskunftsstellen . . .	157	172	38 618	40 226	3 608
Zusammen . . .	260	284	551 657	609 472	57 816

Bei der Betrachtung dieser Zeilen darf auch in diesem Jahre die schon im Vorjahre erwähnte Tatsache nicht außer Rechnung gestellt werden, daß mit obigen Zahlen nicht die gesamte Rechtsauskunftserteilung, die von den gewerkschaftlichen Verbänden geleistet wird, erfasst ist. Es fehlen bei diesen Zahlen die Rechtsauskünfte und die Rechtshilfen, die von den Verbänden ihren Mitgliedern direkt gegeben werden. Aufzeichnungen sind bei der Fülle der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht möglich, daher zahlenmäßige Nachweisungen auch nicht zu geben. Die Kenner der gewerkschaftlichen Praxis dürften sich aber darüber nicht im Zweifel sein, daß die Zahl der von den Ortsverbänden oder Angestellten der Verbände den Mitgliedern gegebenen Rechtsauskünfte oder Rechtshilfen die von den Auskunftsstellen erreichte Zahl übertrifft.

Von den gegnerischen Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen liegen für 1900 zurzeit nur Zahlen von den Hirsch-Dunderschen Einrichtungen vor. Die im „Gewerbereine“ veröffentlichte Statistik berichtet über zehn Arbeitersekretariate, darunter das Hauptsekretariat Berlin. Ferner über 23 Rechtsauskunftsstellen, alsdann berichteten noch 15 Auskunftsbüros. Wie im Vorjahre hat die Zentralkommission der Hirsch-Dunderschen Verbände den Sekretariaten, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbüros auch solche Einrichtungen zugezählt, die von einzelnen Verbänden errichtet sind und in denen nur an die eigenen Mitglieder Auskunft erteilt wird, und zwar sind dies 26 Einrichtungen, bei einer Gesamtzahl von 58 Rechtsauskunftseinrichtungen, welche die Hirsch-Dunderschen Verbände zählen. Auskünfte haben die berichtenden 48 Rechtsauskunftsstellen zusammen 28 861 erteilt; Schriftsätze wurden 6834 angefertigt, persönliche Vertretungen 933 übernommen.

Der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen hat im Berichtsjahr seine zweite Hauptversammlung im 18. Oktober 1900 in Koburg abgehalten. Es waren von derselben 35 meist städtische Rechtsauskunftsstellen vertreten, daneben die Magistratsstelle einiger Städte, das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, das sächsische Ministerium des Innern und einige andere Interessenten. Der Referent über das Thema „Die Rechtsauskunftsstellen als Einrichtung der modernen Wohlfahrtspflege“ behauptete nach dem Berichte, nachdem er auf das Anwachsen der Bevölkerung und auf die gleichartige Erscheinung in Industrie und Handel hingewiesen: „Tabei sinkt die Zahl der selbständigen Erzeugnisse, während ein zweifellos zunehmender Wohlstand in allen Schichten der Bevölkerung stattfindet.“ — Dies mag genügen, um den Geist zu charakterisieren, der diese Veranstaltung beherrschte.

An Zahl haben die Rechtsauskunftsstellen auf der gegnerischen Seite zugenommen, soviel ist auch ohne brauchbare

Etatistik festzustellen. Ob auch ihre Frequenz zugenommen hat, läßt sich erst feststellen, wenn zuverlässige Berichte vorliegen. Daß sie alle zusammen für die Arbeiterklasse nicht die Bedeutung erreichen, welche die Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen der freien Verbände haben, beweisen die 15 Jahre der Entwicklung seit Gründung des Sekretariats in Nürnberg und die Fortschritte in den 10 Jahren seit dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main.

• Notizen für Gasarbeiter •

Eine schwere Explosion erfolgte in der Gasanstalt Kiel-Wil am 15. August d. J. Sechs Arbeiter haben mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Es handelt sich um eine Explosion in der Reinigung. Die Reinigungsmasse soll sich erheblich erwärmt haben. Als der Deckel des Behälters geöffnet wurde, trat durch das Zutreten von Luft eine derartig schnelle Oxidation der Reinigungsmasse ein, daß diese sich explosionsartig schnell entzündete und die aus dem Behälter schlagenden Flammen die dort beschäftigten Arbeiter verletzten. — Die wirkliche Ursache der verhängnisvollen Explosion liegt nach der Meinung von praktisch tätigen Arbeitern darin, daß die in dem Behälter vorhanden gewesene Masse zu lange benutzt und nicht schon 14 Tage früher gewechselt wurde. Jedenfalls um Arbeiter zu ersparen, ist dies nicht geschehen. Als die Katastrophe bekannt wurde, sind in der anderen Gasanstalt, am Rondeau, gleich einige Arbeiter eingestellt worden. Dringend notwendig ist eine schnelle und gründliche Untersuchung durch die Behörden, zur genauen Feststellung der Ursachen. Dabei mühten natürlich die Arbeiter auch mit befragt werden, denn diese sind sicherlich genau so wie die Vorgesetzten in der Lage, genaue Auskunft geben zu können. Nicht genug kann unsererseits gefordert werden: Größerer Unfallschutz der menschlichen Arbeitskraft!

• Salinenarbeiter •

Von der Saline Traunstein. Wie erinnerlich, wurde im Landtag beschlossen, die Saline Traunstein aufzulassen. Gleich den übrigen Parteien stimmten auch die Sozialdemokraten für die Auflösung, nachdem der Finanzminister auf eine Anfrage des Genossen Auer die bestimmte Versicherung gegeben hatte, daß kein Arbeiter deswegen entlassen werden sollte. Der Landtag ist geschlossen und der Regierung ist wohl die gemachte Zusage etwas unbequem. Sie will die Arbeiter in der Saline Traunstein anscheinend unter allen Umständen los haben. So wurden vor kurzem 5 Mann mit schon längerer Dienstzeit entlassen. Und nun wurde ein Anschlag angeheftet des Inhalts, jene Salinenarbeiter, die sich bei den staatlichen Wasserbauten verwenden lassen wollten, sollen sich melden. Diese Anforderung steht nicht nur im Widerspruch mit der Zusage des Ministers, daß die Leute im Betriebe der Saline bleiben, sondern sie ist auch für die Arbeiter völlig unannehmbar. Das Arbeitsverhältnis bei den staatlichen Flußbauämtern ist ein derart unsicheres, daß man den Salinenarbeitern nicht zumuten kann, sich dorthin abzuschieben zu lassen. Das beweist schon der Umstand, daß bei etwa 5000 durchschnittlich beschäftigten Arbeitern im Jahre 1908 nicht weniger als 24 000 Personen eingestellt worden sind, so daß sich also das Personal fast fünfmal erneuert hat. Daß die Salinenarbeiter, die durch das Arbeiten in den hochtemperierten Subhäusern nicht an die Witterungsunbilden gewöhnt sind, bald von Krankheiten heimgesucht werden, ist selbstverständlich. Sie lehnen daher das Ansuchen einhellig ab. Unerböt ist es auch, daß Torfarbeiter, die schon Jahrzehnte bei der Saline ihren Verdienst hatten, nun als Saisonarbeiter betrachtet werden sollen, die überhaupt keinerlei Anspruch auf Arbeit hätten. Der Minister wird dafür Sorge tragen müssen, daß seine Zusicherungen auch durchgeführt werden, wenn man zukünftig in seine Worte nicht Zweifel setzen soll. Sache der Arbeiter aber wird es sein, durch Geschlossenheit in der Organisation allen Schädigungsversuchen energischen Widerstand entgegenzusetzen.

• Aus der Praxis der Arbeitsversicherung •

In welcher Berufsgenossenschaft gehören Kanalisationsbetriebe? Vorbehaltlich der Entscheidung im Einzelfall hat das Reichsversicherungsamt unterm 25. April 1910 entschieden:

1. Der Bau und Betrieb von Kanalisationsanlagen mit natürlichem Gefälle sind bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft versichert.
2. Der Betrieb von Kanalisationsanlagen mit Pumpwerken, einschließlich der Instandhaltung, Reparaturen und Erweiterungsarbeiten mit dem eigenen Arbeiterstamm, gehört zur Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke.

Ob die Leistungen der unter 1 und 2 bezeichneten Anlagen unter- oder oberirdisch sind, hat im allgemeinen auf die berufs-genossenschaftliche Zugehörigkeit keinen Einfluss.

3. Der Betrieb von Kläranlagen zur Gewinnung von Abfallstoffen zwecks Weiterverarbeitung gehört zur Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

4. Kläranlagen als Teile einer Wasser- oder Abwasserbeseitigungsanlage sind entweder bei der Tiefbau-Berufs-genossenschaft oder bei der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke versichert, je nachdem das Hauptwerk unter Verbschichtigung der zu 1 und 2 gegebenen Erläuterungen versichert ist.

Ein Straßenarbeiter erhielt von einem an einer Schlägerei Beteiligten einen Schlag auf den Kopf. Diese Verletzung wurde als Betriebsunfall anerkannt. Der Sachverhalt ist folgender: Der Arbeiter Sch. war im Betriebe des Stadtbauamtes M. bei der Asphaltierung einer Straße beschäftigt. In der Nähe befindliche Arbeiter gerieten unter sich in Streit, wobei es zu Schlägereien kam. Sch. wurde dabei von einem der Streibeteiligten, welcher seinen zu den städtischen Arbeitern geflüchteten Gegner verfolgte, mit einer eisernen Stange auf den Kopf geschlagen. Er erlitt eine Schädelverletzung und machte Entschädigungsansprüche beim Magistrat zu M. geltend. Dieser lehnte den Entschädigungsanspruch ab, weil der Unfall in seinem ursächlichen Zusammenhang mit dem städtischen Betriebe und dessen Gefahren gebracht werden könne. Das Schiedsgericht für Arbeitsversicherung schloß sich dieser Auffassung ebenfalls an. Nun rief das Arbeitersekretariat für den Verletzten das Bayerische Landesversicherungsamt an und hatte Erfolg. Der Magistrat wurde verurteilt, den Unfall als Betriebsunfall anzuerkennen und dem Verletzten eine Rente zu gewähren. In dem Urteil heißt es: „Die Gefahr, auf öffentlicher Straße niedergeschlagen zu werden, wurde für Sch. dadurch zur Betriebsgefahr, daß er durch seine Betriebsmäßigkeit jener Gefahr ausgesetzt war.“

• Aus den Gemeinden •

54 Millionen Mark Ueberschuß hat die Stadthauptkasse Berlins für das Rechnungsjahr 1908 erzielt. Die größte Summe (38 Millionen Mark) brachten die Steuern. Der Ueberschuß stammt von der Grundsteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Hundesteuer und vom Braumalzsteuergesetz. Dagegen haben Gemeindesteuer und Betriebssteuer 59 000 M. weniger eingebracht als man in der Voranschätzung annahm. Einen erheblichen Ueberschuß weist auch die Kapital- und Schuldenverwaltung auf, die ein Mehr von 1 337 000 M. aufbringen. Von den städtischen Werken ist insgesamt eine Verbesserung von rund 710 000 Mark zu verzeichnen. Der Löwenanteil entfällt auf die Gaswerke (571 000 M.), die folgen der Viehmarkt mit 175 000 M. und die Wasserwerke mit 36 700 M. Die Reineinnahmen von 157 000 M., welche bei der städtischen Straßenbahn erzielt worden sind, haben zur einteiligen Tilgung von Vorschüssen Verwendung gefunden. Ungünstiger stellen sich die Kanalisationsverwaltung um 80 900 M., die Markthallen um 53 000 M., der Schlachthof um 5000 M. ungünstiger stellt sich auch das Kapitel auswärtige Grundstücke um 190 000 M., wesentlich infolge der höheren Steuern der Vororte; das Kapitel Unterrichtsverwaltung wegen der Erhöhung der Beamtengehälter um 4,8 Millionen Mark. Das Kapitel Verwaltungs-kosten aus den gleichen Gründen um 2,08 Millionen Mark. Neben anderem stellen sich noch die Kapitel Armenverwaltung um 1 114 000 M. und die Polizeiverwaltung um 350 000 M. ungünstiger. Da der Abschluß für 1908 insgesamt einen Ueberschuß von rund 8 Millionen Mark gegenüber dem Etat für 1908 aufwies, so bedeutet der gegenwärtige eine Verschlechterung gegen das Vorjahr um rund 2 1/2 Millionen Mark. Von 18 1/2 Millionen im Jahre 1906 auf 5 1/2 Millionen im Jahre 1908! Das ist ein Ergebnis, das dem Finanzminister unserer Stadt, dem Herrn Stadtkämmerer, sehr hart auf die Nerven gefallen sein dürfte. Man sieht, wie die in den letzten Jahren eingetretene Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse nun auch in den Steuererträgen sich bemerkbar macht. — Nach Bekanntgabe dieses Jahresabschlusses der Stadthauptkasse wird auf neue die Frage erwogen, ob nicht die Finanzämter unserer Stadt noch mehr auf Ersparnisse fassen sollen. In einem Blatt wird schon wieder das Sprüchlein hergesagt, „daß eine Einschränkung aller nicht dringlicher Ausgaben“ nötig sei. Da werden sich unsere Kollegen tüchtig rühren müssen, um die längst fälligen Lohnzulagen zu erhalten.

Gasfernlieferung. Wie die Elberfelder „Freie Presse“ berichtet, beabsichtigen eine Anzahl Gemeinden Rheinland-Westfalens, der Gasfernlieferung durch private Gesellschaften sich anzuschließen. In einer am 8. August in Solingen stattgefundenen Versammlung, an der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gaswerksdirektoren der bei der Gasfernlieferung in Frage kommenden Städte des Bergischen Landes — Remscheid, Venne, Wermelskirchen, Lütringhausen, Ronsdorf, Solingen, Chligs, Wald, Gräfrath — teilnahmen, wurde dieser Plan nochmals besprochen. Das Rheinisch-West-

fälsche Elektrizitätswerk plant, die Gasfernleitung, die noch in diesem Jahre Barmen, das den Anschluß bereits beschlossen hat, erreichen wird, über Monsdorf, Lüttringhausen, Renssela, Solingen nach den übrigen Gemeinden des oberen Kreises Solingen weiterzuführen. Zwecks gründlicher Prüfung des Vertragsentwurfs wurde ein Ausschuß gewählt, der das Ergebnis seiner Beratungen einer später stattfindenden Sitzung vorlegen will.

• Aus unserer Bewegung •

Bremerhaven. Die Mitgliederversammlung vom 4. August d. J. behandelte die letzte Bauarbeiteraussperrung sowie den Ausstand der Arbeiter bei den Westmündern Fischindustriellen. Da das Mitglied Hiltmeier bei letzterer Bewegung Arbeitswilligendienstleistungen verrichtete, wurde es vom Verbandsausschluß ausgeschlossen.

Breslau. Unsere Mitgliederversammlung fand am 18. August im „Gewerkschaftsheim“ statt. In derselben stellten mehrere Mitglieder den Antrag auf Festlegung der Kassa-Einnahmen. Nach näheren Ausführungen des Kollegen Strunk und längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, die in der Ortsklasse vorhandenen Gelder bei der Konsumgenossenschaft zu hinterlegen. Als Vertrauensmänner resp. Leiter wurden die Vorstandsmitglieder Brendel und Utermann, und von den Mitgliedern Beske gewählt.

Dortmund. Die hiesigen städtischen Arbeiter tagten am 14. August d. J. in einer gut besuchten Versammlung im Lokal der Wio. Lauterbach. Ein Reichen dafür, daß endlich die städtischen Arbeiter, welche hier in Dortmund unter den traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden haben, was werden, um sich von diesem Joch zu befreien. Sie sehen endlich ein, daß es ohne Organisation nicht mehr geht. Als Referent war Genosse Häusgen zugegen. Er legte den Anwesenden in treffenden Worten Zweck und Ziel der Organisation dar, und wies darauf hin, daß die Interessen der städtischen Arbeiter nur allein im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu vertreten werden, wie das notwendig ist. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der sehr regen Diskussion forderten sämtliche Redner die unorganisierten Kollegen auf, sich dem Verbandsangehörigen, um Hand in Hand mit ihren Kollegen gemeinsam für den weiteren Einfluß des Verbandes und somit auch für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Alle Anwesenden erklärten ihren Beitritt zum Verbands. Aus dem in Zukunft jeder Kollege seine Pflicht, arbeitet jeder unermüdet für den Verband, wirbt neue Mitglieder und sorgt für einen guten Versammlungsbesuch, dann muß auch bald in Dortmund die Zeit kommen, wo bei der Stadtverwaltung hinsichtlich der Ausnutzung ihrer Arbeiter sowie in der Behandlung von Seiten einiger Beamten der Arbeitsabteilung eine Änderung durchgeführt werden kann.

Dresden. Die Maurer der städtischen Gaswerke sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zunächst haben sie den Arbeitersaushuß für die Gaswerke mit der Vertretung ihrer spezialisierten Forderungen beauftragt. Gegenwärtig betragen die Stundenlöhne der Maurer 45 bis 48 Pf., nur zwei haben 60 Pf. Es ergibt sich daraus, daß ihre Löhne um 15 bis 18 Pf. pro Stunde niedriger sind, als wie die Tarifföhne im Baugewerbe. Diese recht erhebliche Differenz wird durch die in den städtischen Betrieben bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen keineswegs ausgeglichen, denn um in den Genuß dieser Wohlfahrts-Einrichtungen treten zu können, ist zunächst einmal eine mindestens zehnjährige Dienstzeit erforderlich, und dann steht es noch im freien Ermessen des Rates, ob der Arbeiter der Wohlfahrts-Einrichtungen teilhaftig werden soll oder nicht. Mit der dauernden Beschäftigung hat es auch seine eigene Bewandnis. Die Maurer werden nämlich nicht das ganze Jahr über in ihrem Beruf beschäftigt, sondern im Winterhalbjahr müssen sie mit auf dem Kaspaplatz für den hier üblichen Stundenlohn von 87 bis 92 Pf. pro Stunde tätig sein. Im Sommerhalbjahr, wo sie beim Neubau von Oesen und der Reparatur von Retorten als Maurer beschäftigt sind, werden fast unermessliche Arbeitsleistungen verlangt. Der Assistent Görlb vom Reichsbauamt hat sich hier besonders hervor, und der neue Maurerpolier im Reichsbauamt leistet im Antreiben auch ganz Hervorragendes. Diese Treiberei bei den Oesenbauten liegt aber keineswegs im Interesse der Stadt. Denn durch die zu schnelle Fertigstellung der Oesen machen sich recht bald umfangreiche Reparaturen notwendig. Die Maurer sind entschlossen, diese Zustände aufzubeheben und sie hoffen dabei auf die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft. Wenn sie auch nicht glauben, daß sich zu den oben angegebenen Löhnen viele Arbeitskollegen nach den Fleischhöfen der städtischen Betriebe finden, so sei doch auf die ganze Situation hingewiesen. Hoffen wir, daß die Verhandlungen des Arbeitersaushußes zu einem befriedigenden Ergebnis führen, damit weitere Schritte unterbleiben können.

Görlitz. In der Mitgliederversammlung vom 18. August hielt Kollege Freihler-Dresden einen Vortrag über Arbeiterkämpfe in alter und neuer Zeit. Er führte hierbei aus, daß der beendete Kampf im Baugewerbe noch mancherlei

Hinsicht recht lehrreich sei. Früher, als die Arbeiter noch nicht durch die Organisationen so geschult und über die wirtschaftlichen Zusammenhänge so aufgeklärt waren wie heute, da griffen sie in ihrer Verzweiflung zu Dreckslegeln und Peugabeln, um ihren Ausbeutern zu Leibe zu gehen, wie es z. B. die Weber im sächsischen Erzgebirge bei der Einführung des mechanischen Webstuhls unternahmen. Wenn die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft heute anders verlaufen, so sei hierin die ungeheure Kulturarbeit der Arbeiterorganisationen zu erkennen. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Einnahmen betragen mit dem Bestand 388,55 Mk., die Ausgaben 243,— Mk., darunter 190,— Mk. an die Hauptkasse. Mitglieder zählt die Kasse 49, wovon 4 für volle 13 Wochen Beiträge entrichtet haben. Die Abrechnung wurde für richtig befunden. Aus dem Kartellbericht sei erwähnt, daß sich das soziale Verhältnis der Stadtverwaltung Görlitz wieder einmal im hellen Lichte gezeigt hat. Das Gewerkschaftskartell hatte an die Stadt das Ersuchen gerichtet, zum Verbandsrat der Gewerkschaften zwei Vertreter auf Kosten der Stadt zu entsenden. Der Magistrat lehnte dies aber ab, da er erstens kein Geld zu solchen Zwecken habe und zweitens diesen Verbandsrat überhaupt für zwecklos halte. Das ist ganz Görlitz. Zum Bundesrat der Radfahrer hat aber die Stadt einige Tausend Mark bewilligt. Zum Schluß wurde noch auf die bevorstehenden Vertreterwahlen zur Betriebskrankenkasse hingewiesen. Mit dieser Angelegenheit soll sich eine öffentliche Versammlung beschäftigen.

Hamburg-Hafenwärter. In gut besuchter Versammlung vom 14. August d. J. referierte im Lokale von Rüper Genosse Girasowitsch über das Thema: Thomas Müntzer und die Bauernkriege. — Das Herbstvergnügen wird für 1. Oktober dieses Jahres bei Rüper arrangiert, bestehend aus gemeinschaftlichem Kaffeetrinken, Erbsenruten und Tombola. — Ueber Arbeitsangelegenheiten entspann sich eine recht lebhaft Diskussion. — Von den Kollegen der Stäferei wurde die brennende Frage aufgeworfen: Wann erscheint der Affordlohn-Tarif für die bei der Wasserbauinspektion Unterelbe beschäftigten Arbeiter? Allseitig herrschte eine große Unzufriedenheit über das jetzige System des „blinden Affords“. — Die Bezirksleitung monierte, daß die Versammlungsberichte und sonstigen Publikationen der Ortsverwaltung Hamburg nicht in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht werden. In den Elbdofern bis hinunter nach Ruxhaben werde das „Hamburger Echo“ bei weitem nicht von allen Kollegen gelesen. Daher müßten sie die bestimmte Erwartung aussprechen, daß in Zukunft die „Gewerkschaft“ als Publikationsorgan von der Ortsleitung in erster Linie berücksichtigt werde. Nachdem Hohn noch auf die bedeutenden Erfolge in Vor-Vorstell und Ruxhaben hingewiesen, wofür wir mehrere Hundert neue Mitglieder gewonnen haben, fand Schluß der Versammlung statt.

Albst. Mitgliederversammlung vom 6. August d. J. Vorerst wurde die Abrechnung vom Sommerfest gegeben; die Einnahmen betragen 238,35 Mk., die Ausgaben 224,14 Mk., so daß ein Bestand von 14,14 Mk. verbleibt. Die Abrechnung vom 2. Quartal ergibt nachstehendes Bild: 1582,25 Mk. Einnahmen stehen 608,99 Mk. Ausgaben der Filiale und 871,30 Mk. an den Hauptvorstand gefandte Gelder gegenüber, so daß mit dem vom vorigen Quartal übernommenen Bestand 833,31 Mk. verbleiben. — Ueber die letzten Arbeitersaushußwahlen referierte Kollege A. Kempe, die neu gewählten Vertreter ermahnen, stets ihre Pflicht zu tun. Kollege Bender gab noch einiges von der letzten Arbeitersaushußsitzung bekannt. Zum Schluß wurde noch hingewiesen auf die Versammlung vom 26. August, in der Genosse Greulich aus Bück referieren wird.

Reihen. Einen erfreulichen Erfolg unseres Verbandes können wir von hier berichten. Im Auftrage einer Versammlung städtischer Arbeiter richtete Kollege Freihler an den Stadtrat den Antrag, allen städtischen Arbeitern Sommerurlaub zu gewähren. Dieser Antrag wurde am 7. Juni dieses Jahres eingereicht. Jetzt hat nun der Stadtrat diesem Antrage zugestimmt und die Urlaubsbewilligung an alle städtischen Arbeiter beschlossen. Es werden bei fünfjähriger Beschäftigung drei und bei zehnjähriger Beschäftigung 6 Tage Urlaub gewährt. Wieviele städtische Arbeiter von dieser Urlaubsbewilligung betroffen werden, konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden. Und wenn auch die Urlaubsbewilligung uns nicht reiflos befriedigt, so ist aber doch der Anfang damit gemacht, und wir werden im Laufe der Zeit alles daran setzen, diese Maßnahme zu verbessern. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß die städtischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit zu unserem Verbands stoßen. Die Verteilung in mehrere Organisationen bedeutet nur eine Zersplitterung der Kräfte, obendrein ist unsere Organisation diejenige, die die Kosten in jeder Beziehung bestreitet. Im vorliegenden Fall ist ja mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Interessen der städtischen Arbeiter in einer einheitlichen Organisation am wirksamsten gewahrt werden. Das müssen auch alle die städtischen Arbeiter erkennen, welche unserem Verbande noch fernstehen. Sie sollten die Konsequenzen ziehen und sich nunmehr ungefragt um unsere Fahne scharen.

Wismar. Die Mitgliederversammlung vom 17. August war gut besucht. Kollege Freihler-Dresden hielt einen mit größtem Inter-

effe aufgenommenen Vortrag über: „Die Bestrebungen der städtischen Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage“. Es wurde dann beschlossen, erneut wegen der endgültigen Festsitzung des „Vierundzwanzigers“ vorläufig zu werden. Zum Schluss ermahnte Kollege Preißler besonders die Straßen- und Schleusenarbeiter, sich zu organisieren, wenn sie eine durchgreifende Verbesserung ihrer Verhältnisse erzielen wollen.

Stettin. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 1. August wurde, außer internen Verbandsangelegenheiten, über die zweckmäßige Agitation beraten. Beschlössen wurde, Hausagitation zu betreiben und dazu eine Kommission von 9 Mann gewählt.

Strassburg. Die gutbesuchte Mitgliederversammlung vom 12. August nahm vorerst einen Vortrag des Kollegen Preißler-Dresden über: „Die geschichtliche Entwicklung unseres Verbandes“ entgegen. Er schilderte, wie im Jahre 1896 die städtischen Arbeiter in Dresden, Berlin und Hamburg sich rührten, um eine Verbesserung ihrer Verhältnisse herbeizuführen, und daß sie dabei in Dresden und Berlin zur Arbeitsniederlegung griffen. Aus diesen kleinen, unbedeutenden Anfängen hat sich nun im Laufe der Jahre der heutige Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter entwickelt, dessen Wirken es zu danken ist, daß in vielen Orten die Kollegen oft recht wesentliche Verbesserungen erreichten. Aber auch in Zukunft dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen; denn unsere Ziele, besonders das nächstliegende, die Staats- und Gemeindebetriebe zu Musterbetrieben zu gestalten, sei noch lange nicht erreicht. Hierzu bedürfe es vielmehr der freudigen und opferwilligen Mithilfe aller Kollegen. — Der Vorsitzende gab hierauf den Kartellbericht. Auf Antrag bewilligte die Versammlung für die Wärmestube des Gewerkschaftslokals 15 Mk. Der Vorsitzende gab dann weiter bekannt, daß das Kartell am 16. September einen Lichtbildervortrag über die Entwicklung der Luftschiffahrt veranstaltet. Für die ausgesperrten Bauarbeiter sind in Strassburg zusammen 853 Mk. gesammelt worden. Unsere Kollegen haben davon allein 65,10 Mk. aufgebracht. Hierbei wurde gewünscht, daß bei späteren Gelegenheiten an Stelle der Sammellisten Extramarken ausgegeben werden möchten. Das sei entschieden vorteilhafter, die notorischen Drückberger könnten dadurch auch herangezogen werden.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Im Buchbinderverband hat eine Abstimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung stattgefunden. An der Abstimmung durften nur die 10.584 Mitglieder teilnehmen, die der vierten Beitragsklasse angehören; von diesen haben sich 6985 an der Abstimmung beteiligt. Nur die Einführung stimmten 5319 Mitglieder, damit ist also die Invalidenunterstützung beschlossen. Diefelbe gilt nur für die Mitglieder der vierten Beitragsklasse, welche ab 1. Oktober 1910 einen Beitrag von insgesamt 80 Pfennig zu zahlen haben. Die Invalidenunterstützung beträgt nach fünfjähriger Mitgliedschaft monatlich 20 Mk. und steigt nach je fünf Mitgliedschaftsjahren um je 5 Mk. monatlich. Die Bezugsberechtigung nach fünf Jahren gilt jedoch nur für Mitglieder, die vor vollendetem 20. Lebensjahre dem Verbande beitreten. Die Karenzzeit steigt für Mitglieder, die bis zum 30. Lebensjahr eintreten, auf 7½ Jahre und in der gleichen Weise weiter, so daß sie für Mitglieder, die erst nach vollendetem 50. Lebensjahre dem Verband beitreten, 15 Jahre beträgt. Die Mitglieder der dritten Beitragsklasse, die 50 Pf. Wochenbeitrag leisten, können der Invalidenversicherung freiwillig beitreten. In diesem Falle erhöht sich ihr Wochenbeitrag um 15 Pf.

Die Berliner Gewerkschaften haben, wie der kürzlich erschienene 21. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission ausweist, im Jahre 1909 wiederum einen nennenswerten Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gehabt. Die seither höchste Mitgliederziffer war mit 252.060 im Jahre 1906 erreicht; die Jahre 1907 und 1908 brachten einen Rückgang von 16.189 bzw. 12.174. Im Jahre 1909 hat sich jedoch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder wiederum um 9254 vermehrt; sie war am Schluß des Jahres auf 233.060 angewachsen. Die größte Verbandszahlstelle ist die der Metallarbeiter mit 64.081 Mitgliedern. Ihr folgen die Transportarbeiter mit 32.264, die Holzarbeiter mit 24.017, die Buchdrucker mit 10.730, die Maurer mit 9711, die Fabrikarbeiter mit 6674, die Gemeindearbeiter mit 6638, Buchbinder mit 6348 Mitglieder usw. Alle Gewerkschaftsfamilien hatten eine Gesamteinnahme von 10.463.370 Mark und eine Gesamtausgabe von 7.747.596 Mk. Von den Ausgaben entfallen 2.082.740 Mk. (im Vorjahre 2.355.053 Mk.) auf Arbeitslosen- und 1.412.870 (1.542.028 Mk.) auf Krankenunterstützung. Während in diesen Ausgaben ein merklicher Rückgang eingetreten ist, hat sich die Ausgabe für Streikunterstützung gegenüber dem Vorjahre von 380.751 Mk. auf 551.633 Mk. gesteigert. In diesen Zahlen spiegelt sich ebenso wie in den absteigenden Mitgliederziffern die Verringerung der Geschäftslage wider. Der Kassenbericht der Berliner Gewerkschaftskommission bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 417.561 Mk., das Vermögen der Kommission betrug am Jahreschluß 114.608 Mk. Ein sehr erheblicher Teil der Einnahmen

und Ausgaben entfällt auf die Sammlung zur Unterstützung des Großkreises in Schweden. Für diesen Zweck haben die Berliner Gewerkschaftsfamilien 244.243 Mk. an die Gewerkschaftskommission abgeliefert.

Interessante Streiflichter auf eine christliche Gewerkschaft wirft eine von einem ehemaligen Angestellten der christlichen Staats-, Gemeinde-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter herausgegebene Broschüre. In der Broschüre wird erzählt, daß aus Verbandsmitteln Reisebeden gekauft worden seien. Dem Vorsitzenden wird vorgeworfen, er lasse sich für Sitzungen im Landtage, wo er so schon 10 Mk. Diäten erhalte, von der Organisation sein Gehalt nebst 6 Mk. Speisen zahlen usw. Am 1. Januar 1909 schrieb ein Angestellter an einen Kollegen: „Finanztechnisch sind wir soweit angelangt, daß Oswald vor Neujahr noch einen Pump von 5000 Mk. anlegen mußte; dabei hatten wir eine einzige Aussperrung in meinem Bezirke, die 3500 Mk. kostete.“ Ferner werden die Angaben der Zentralleitung in den Jahresberichten und dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 13 1909 einer scharfen Kritik unterzogen. Der Verband gebe an, im Jahre 1908 für Streiks und Maßnahmen allein 58.437 Mk. ausgegeben zu haben. Das könne nicht stimmen. Im ersten Quartal 1908 seien 1697,62 Mk., im zweiten 967,20 Mk., im dritten Quartal 2441,36 Mk., zusammen 4106,18 Mk. für Streiks ausgegeben worden. Im vierten Quartal seien keine Kämpfe gewesen. Da sei es rätselhaft, wie die übrigen 50.000 Mk. verwandt worden seien. Im Vorstandsbericht sei von opferreichen Kämpfen nichts zu lesen. Der Verfasser teilt weiter mit, daß der Verband heute 70.000 Mk. Schulden haben soll, bei 13.000 Mitgliedern. Zeht mag die „Gewerkschaftsumme“ antworten — wenn sie kann.

• Gerichts-Zeitung •

It ein Gewerbegerichtsurteil, welches durch Zusammenziehung mehrerer Klagen die Summe von 100 Mark übersteigt, berufungsfähig? Bei dem Gewerbegericht Lechhausen führten Arbeitersekretär Karl Schmidt und Gewerkschaftssekretär Otto Händel aus Augsburg eine Reihe Massenklagen. In dem einen Falle klagten 24 streikende Pumper gegen die Wolfgram-Lampen A.-G. Lechhausen auf Auszahlung des einbehaltenen Lohnes. Die Klagen waren einzeln eingereicht und stützten sich auf die §§ 611 und 154 des BGB. und den § 124 Ziff. 4 der GO. Das Gewerbegericht zog die Klagen zusammen und verurteilte die Firma zu den Beträgen, die circa 300 Mark ausmachten, indem es anerkannte, daß der Streik berechtigt sei. Denn die Firma habe, ohne die Arbeiter zu fragen, ein neues verdecktes Lohnsystem (Prämien) eingeführt, und da die Verhandlungen zu keinem Ziele führten, hatten die Arbeiter auf Grund der angeführten Paragraphen das Recht, die Arbeit zu verlassen bzw. niederzulegen. Durch den Streik wurden die anderen Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen und mußten zeitweise aussetzen. Entschädigung wurde nicht gezahlt, so daß 310 Arbeiterinnen durch den Arbeitersekretär circa 170 Klagen einreichen ließen. Die Klagen wurden auf die §§ 203 und 615 des BGB. begründet. Das Gewerbegericht Lechhausen gab der Klage statt, zog aber auch diese Klagen zusammen, so daß die Firma insgesamt auf 6210 Mark verurteilt wurde. Gegen diese zwei Urteile legte die Firma bei dem Landgericht Augsburg Berufung ein. Das Gericht wies, nachdem die Sache fünfmal vertagt worden war, die Berufung wegen Unzuständigkeit zurück, indem es sich dem Antrag des Rechtsanwalts anschloß. Er führte aus, daß durch die Vereinfachung der Sache die Einzelklagen durch Gerichtsbeschluß wohl zusammengezogen wurden, was aber nicht zur Folge haben dürfte, daß den Klägern die Wohltat eines vollstreckbaren Urteils verlustig gehe. Auch würde es nicht im Interesse einer schnellen Erledigung der gewerblichen Streitigkeiten liegen, wenn auf dem Wege der Zusammenziehung Urteile der Gewerbegerichte berufungsfähig gemacht würden. Das Landgericht stellte sich auf den prinzipiell wichtigen Standpunkt, daß Einzelklagen durch die Verbindung ihren Charakter nicht verlieren und wies die Berufung der beklagten Firma kostenpflichtig zurück. Mit diesem Falle sind drei Urteile von hervorragender Bedeutung erzielt worden. Auch der Firma ist eine empfindliche Lehre erteilt, denn sie hat an die zwei Vertreter der Arbeiter influssive Zinsen und Gerichtskosten rund 7000 Mark zu zahlen.

• Rundschau •

Ist das Arbeitsamergesetz gefährdet? Der im November zusammentretende Reichstag soll sich gleich mit dem Arbeitsamergesetz beschäftigen. Nun hat, trotz der starken Verleumdung der Rechten, die Kommission beschlossen, daß auch die Staatsbetriebe in dieses Gesetz einbezogen werden; auch das Wahlfähigkeitsalter ist von der Kommission herabgesetzt worden. Am allergeringsten wüßte die Rechte gegen den Beschluß der Kommission, daß die Arbeitersekretäre wählbar sein sollten. Auch die Regierung hat erklärt, daß diese Veränderungen ihre Zustimmung

nicht finden könnten. Jetzt soll zwischen der Regierung und den Parteien eine „Verständigung“ vor sich gegangen sein. Nach den Berichten der Presse soll diese darin bestehen, daß der Regierung der Ausschluß der Staatsbetriebe zugestanden wird, wogegen die Regierung ihren Widerstand gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre in bedingter Weise aufgeben will. Bei der ersten Wahl sollen die Arbeitersekretäre ausgeschlossen bleiben; später können sie gewählt werden, wenn die Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber in der Arbeitskammer damit einverstanden sind. Dieses unannehmliche Kompromiß muß von der Arbeiterschaft entschieden zurückgewiesen werden. Es ist nicht einzusehen, aus welchem Grunde die Staatsbetriebe davon ausgeschlossen bleiben sollten! Aber auch die Bedingungen, unter denen die Wahl der Arbeitersekretäre erfolgen soll, sind für die Arbeiter unannehmbar. Wird doch durch die Bedingung, daß die Arbeitersekretäre bei der ersten Wahl nicht gewählt werden dürfen, und später nur dann gewählt werden können, wenn die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Arbeitskammer damit einverstanden sind, die Wahl der Arbeitersekretäre völlig in Frage gestellt. Denn daß die Vertreter der Arbeitnehmer reiflos damit „einverstanden“ sein werden und keinen Widerspruch gegen die Wahl von Arbeitersekretären erheben werden, das kann doch nur der glauben, der die deutschen Großindustriellen nicht kennt. Daß wir nicht schwarz malen, können wir sofort beweisen. Die „Hamburger Nachrichten“, ein den Unternehmern nahestehendes Blatt, hatte vor kurzem über die „Verständigung“ der Regierung und der Parteien einen Artikel losgelassen, worin es u. a. heißt: „daß es keinen unfehlbaren Gedanken geben könne als dies Kompromiß. Es sei unglaublich, daß die Regierung selber auf einen so unmöglichen Gedanken habe kommen können“. Dieses Blatt malt jetzt, trotz des Kompromisses, die Gefahr, die durch die Wahl von Arbeitersekretären in die Arbeitskammern entstehen würde, in den grellsten Farben. Aus alledem geht hervor, daß das Arbeitskammergesetz gefährdet ist. Denn die Arbeiterschaft hat kein Interesse an der Verwirklichung eines solchen Gesetzes, wenn die Staatsbetriebe davon ausgeschlossen bleiben sollen und die Vertreter der Arbeiterschaft — Arbeitersekretäre — nicht zur Vertretung und Wahrung der Interessen der Arbeiter in die Kammer gewählt werden können. Aus diesem Grunde lautet unsere Forderung: Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse, und wenn das nicht gelingt, dann in den Kämpfen mit dem Arbeitskammergesetz. Denn wenn das Kompromiß zum Gesetz wird, so werden das keine Arbeitskammern, sondern Anti-Arbeitskammern sein.

Entwicklung der Parteibewegung. Der Bericht des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie an den Magdeburger Parteitag, der in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird, kann eine sehr erfreuliche Entwicklung der Parteibewegung feststellen. Die Zahl der Mitglieder der Parteiorganisation ist von 633.300 auf 722.830 gestiegen. Das ist eine Mitgliederzunahme von 80.530 oder 14,13 Prozent. Daran sind die männlichen Mitglieder mit 60.135 und die weiblichen mit 20.396 beteiligt. Der Bericht bringt in diesem Jahre auch eine nach Agitationsbezirken geordnete Zusammenstellung über die von den Parteioptionen geleitete mündliche und schriftliche Agitation. Danach ergibt sich, daß im letzten Jahre 29.826 Mitgliederversammlungen und 13.814 öffentliche Versammlungen stattfanden. Flugblätter sind in einer Gesamtauflage von mehr als 23 Millionen verbreitet worden. Die Zahl der unentgeltlich verbreiteten Agitationskalender und Broschüren übersteigt 2½ Millionen. Neben den Erfolgen bei den Landtagswahlen und den Nachwahlen zum Reichstag kann der Bericht auch eine erhebliche Zunahme unserer Gemeindebevollmächtigten konstatieren. Die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten liegt von 2210 auf 2407 und die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten von 6431 auf 7729. Polizei und Amtsbehörden glauben immer noch, den Gesetzenslauf der Sozialdemokratie mit ihrer Adelschiklopoly aufhalten zu können. So wurden im letzten Jahre gegen Partei- und Gewerkschaftsangehörige circa 37 Jahre Gefängnis und 30.524 Mk. Geldstrafe verhängt.

Internationale Hygiene-Ausstellung. Ueber die vom Mai bis Oktober 1911 in Dresden stattfindende Internationale Hygiene-Ausstellung macht Professor Konrad Hartmann von der Charlottenburger Ausstellung für Arbeiter-Bohlsahrt einige interessante Mitteilungen bezüglich der Ziele, Organisation und Anordnung. Die Ausstellung wird fünf große Abteilungen umfassen: die wissenschaftliche, die historische, die populäre, die Sportabteilung und, in alle eingreifend, die Industrie. In der wissenschaftlichen Abteilung soll ein systematisches, möglichst lückenloses Gesamtbild der ganzen hygienischen Wissenschaft vorgeführt werden. In der historischen Abteilung wird die Geschichte der Hygiene vom frühesten Altertum bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts dargestellt. Die populäre Abteilung soll den weiteren Ausbau der 1903 vorgeführten Sonderausstellung „Vollkrankheiten und ihre Verhütung“ zeigen. In der Sportausstellung werden alle Arten Sport zur Fortführung gelangen, und zwar von dem Gesichtspunkt aus, seinem wirklich hygienischen Sport die Wege zu ebnen. Die wissenschaftliche Abteilung umfaßt 12 Hauptgruppen, und zwar 1. Luft, Licht, Boden, Wasser; 2. Anheftung und Wohnung; 3. Ernährung und Nahrungsmittel; 4. Kleidung und Körperpflege; 5. Beruf und Arbeit; 6. Infektionskrankheiten; 7. Krankenfürsorge

und Rettungswesen; 8. Kinder und jugendliche Personen; 9. Verkehr; 10. Militär und Marine; 11. Tropenhygiene und 12. Statistik. Die bei allen Kulturvölkern am meisten verbreiteten Volkskrankheiten werden als Sondergruppen getrennt behandelt, in denen demnach ausgestellt werden: Tuberkulose des Menschen, Alkoholismus, Geschlechtskrankheiten, Krebs- und Zahnerkrankungen. Besonders Interesse dürfte für die Arbeiterschaft der Teil der Ausstellung haben, der als Abteilung „Beruf und Arbeit“ vorgelegt ist. Folgende Untergruppen sind dafür geplant: 1. Physiologie und Hygiene der Arbeit, 2. Gewerbliche Gifte, 3. Spezielle Berufshygiene und 4. Arbeiterwohlfahrt. Für die letztgenannte Gruppe ist folgendes Spezialprogramm aufgestellt worden: 1. Gesetzliche Arbeiterversicherung und ergänzende Fürsorgeeinrichtungen: a) Gesetzliche Arbeiterversicherung: 1. Unfallversicherung, 2. Krankenversicherung, 3. Alters- und Invalidenversicherung, b) Ergänzende Fürsorgeeinrichtungen: 1. Ergänzende Kassenversicherungen, 2. Kranken- und Melonbalegentenpflege, 3. Heilstätten und Erholungsheime, Fabrik-Wohnheimen usw. 11. Soziale Wohlfahrtseinrichtungen: a) Innerhalb der Betriebe: 1. Fabrikbäder, 2. Fabrik-Kantinen, -Speiseanstalten, -Kaffeehäuser, -Wohnausstattungen usw. b) Außerhalb der Betriebe: 1. Arbeiterwohnungen, Familienwohnungen, Leibesbänke, 2. Ernährung und Verpflegung, Speiseanstalten und Volkshäuser, 3. Sonstige soziale Wohlfahrtseinrichtungen: Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge, wirtschaftliche Ausbildung, Kinder- und Jugendfürsorge, Pflege der Leibesübungen. Dieser Gruppe „Arbeiterwohlfahrt“ ist die Unfallverhütung zugeordnet worden, für die auch eine besondere industrielle Abteilung geschaffen werden soll. Es wird dabei hauptsächlich auf die Verwirklichung des Reichsversicherungsamtes und der Landesversicherungsämter, ferner der Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, dann der Wohlfahrtsvereine und besonders auch der Unternehmer gerechnet, die für ihre Arbeiter Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen haben. Die Unfallverhütung wird in der wissenschaftlichen Abteilung nur durch ihre Literatur, dann durch Sammlungen bildlicher Darstellungen und durch tabellarische Vorführung der Unfallstatistik vertreten werden. Dagegen hofft man, daß die industrielle Abteilung eine recht umfangreiche Darstellung unfallgefährdeter Betriebseinrichtungen bieten wird. — Wünschenswert erscheint uns hierfür auch die Beteiligung und Darstellung von Arbeiterseite. Manches praktische Fingerzeig könnte da gegeben und manche Schäden der Öffentlichkeit besser gezeigt werden.

Von der Bekämpfung der Konsumvereine. Der Rabattparverein in Sandersleben hat nach einer Mitteilung des „Vollstättes für Anhalt“ den Plan ausgedacht, der Bürgerverein von Sandersleben möge bei der Stadtverwaltung vorstellig werden, um den Austritt städtischer Arbeiter aus dem Konsumverein zu erreichen. Man erinnert sich beim Lesen dieser Mitteilung an die Behauptung der Rabattparvereiner, daß sie die Konsumvereine an sich nicht bekämpfen wollen, sondern nur die Aufgabe haben, die Detaillisten zum Wettbewerb mit den Konsumvereinen zu befähigen. So stellt es Herr Generalsekretär Beythien dar, und seine Getreuen im Rande übersehen seine Worte in die Praxis, indem sie so vorgehen wie die Sanderslebener Rabattparvereiner, deren Plan übrigens vorläufig nicht geglückt ist.

Kriegerbund gegen Gewerkschaften. Schon öfter konnte darauf hingewiesen werden, daß der Kriegerbund eine Organisation gegen die Interessen der Arbeiter ist. Wie richtig wir geurteilt haben, geht daraus hervor, daß der Bund jetzt versuchen will, eine Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ins Leben zu rufen. In letzter Linie geht man doch wohl darauf aus, aus den Kriegervereinen Streikbrechervereine zu machen. Denn welche Absicht verfolgt der Bundesvorstand mit der beabsichtigten Bestimmung, daß Arbeitslosigkeit wegen Streiks nicht zum Bezug von Unterstützung berechtigt. Unseren Kollegen möge auch diese Tat des Kriegerbundes dazu dienen, denjenigen, die immer noch an die Neutralität des Kriegerbundes glaubten, die Maske vom Gesicht zu ziehen, damit kein vernünftiger Arbeiter in die Rehe dieser Antiarbeiterorganisation hinein gerät.

Die Polizeibeamten Sächsens Helfen kürzlich dieses Jahres einen Polizeibeamtensitag in Zwickau ab. Die über 2000 Mitglieder zählende Vereinigung der sächsischen Polizeibeamten war auf dieser Tagung stark durch Delegierte aus dem ganzen Lande vertreten. Hauptsächlich der Stellung zur Schaffung eines Gemeindebeamtengesetzes schloß man sich den von den Gemeindebeamten erhobenen Forderungen an. Die wichtigsten der für die Polizeibeamten in Frage kommenden Wünsche, sollen Gegenstand einer besonderen Eingabe der Vereinigung sein. Nachdem noch die Unterstützungsfälle in Sterbefällen erhöht wurden und der Vorstand mit der Ausarbeitung eines Statuts zur Errichtung einer Krankenkasse beauftragt wurde, erreichte die Tagung ihr Ende. — Was uns an der Tagung interessiert, ist die Tatsache, daß auch die Polizeibeamten Sächsens sich organisieren und in ihrer Organisation Unterstützungseinrichtungen schaffen, wie solche die Arbeiter in ihren ge-

werkschaftlichen Organisationen schon lange haben. Zu wünschen wäre nur, daß diese Beamten mit der Zeit auch zu der Erkenntnis kommen, daß auch sie, die so oft zur Niederhaltung der Arbeiterschaft benutzt werden, nur ein Teil von ihr sind, gleiche Interessen wie diese haben und infolgedessen die notwendigen Konsequenzen hieraus ziehen.

Politische Betrachtungen. Der Versuch v. Bethmann Hollwags, die Regierung „homogen“ zu machen, muß als gescheitert betrachtet werden. Nicht nur weil die neuen Minister bei der „Linken“ kein Vertrauen erwecken, sondern auch weil Herr v. Tirpitz immer noch Staatssekretär des Reichsmarineamts ist. Nebenbei bemerkt, hat die Regierung Preußen-Deutschlands bei der großen Frage der arbeitenden Bevölkerung niemals Vertrauen und Ansehen besessen, sondern sie wurde als Vollstreckerin des Junker- und Kapitalistenwillens betrachtet. Da Herr v. Tirpitz im Amt geblieben ist, so wird an der rapiden Vermehrung unserer Flotte nichts geändert. Damit werden auch die Ausgaben weiter steigen, so daß es nicht lange dauern wird, bis die „Volksvertreter“ eine neue Reichsfinanzreform, richtiger gesagt, eine neue Volksausplünderung bewilligen. Das Zentrum, das auch die letzte „Finanzreform“ bewilligt hat und dadurch seine Wähler in große Erbitterung brachte, versucht nun, die Regierung durch Zeitartikeln zu beeinflussen, daß sie mit der neuen Steuervorlage bis nach den Reichstagswahlen warten möchte. Werden sich die Wähler auch diesen Volksbetrug gefallen lassen oder werden sie den richtigen Weg finden, den auch die Wähler des Reichstagswahlkreises C anstatt Ludwigslburg fanden, indem sie am 30. Juli für die einzige Partei, die gegen die Volksauswucherung kämpft — also für die Sozialdemokratie —, gestimmt und dadurch einen Sozialdemokraten in den Reichstag wählten. — Die Wahlrechtsfrage zum preussischen Landtag wurde sehr lebhaft in der Presse erörtert und es gehen die Ansichten sehr weit auseinander, wie die neue Vorlage beschaffen sein wird. Denn darüber, daß eine neue Vorlage dem Landtag unterbreitet wird, sind sich die Parteien einig. Wie weit die neue Vorlage den Arbeitern Rechte einräumt, hängt weniger davon ab, was die Parteien jetzt in ihren Zeitungen schreiben, als von der Ausdauer und Energie, die das Proletariat in den kommenden Kämpfen um das Wahlrecht zeigen wird. — Der Führer der nationalliberalen Partei, Herr Wassermann, sollte nach dem Willen der Großkapitalisten von der politischen Schaubühne verschwinden, ist aber nach einer Unterredung während einer Eisenbahnfahrt mit dem Reichszugler und nachdem ihm verschiedene jungliberale Vereine ihr Vertrauensvotum ausgedrückt haben, gewillt, als Führer der Fraktion Drehscheibe weiter zu fungieren. — In den letzten Wochen hat auch der Kampf im Lager der Sozialdemokratie ziemlich hohe Wellen geschlagen. Es handelt sich um die Abstimmung der Landtagsfraktion in Vaden zum Budget. Im Interesse der Arbeiterschaft hoffen und wünschen wir, daß die Angelegenheit so erledigt wird, daß sie die Einheit und somit auch die Kampffähigkeit der Arbeiterpartei nicht schädigt.

Das preussische Gefängniswesen. Vom preussischen Justizministerium werden zur Zeit 1061 Gefängnisse unterhalten, die zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen dienen. Die Zahl der Inhaftierten betrug im vorigen Jahr 82 105. Außer diesen unterstehen dem Ministerium des Innern 53 Anstalten, davon 32 Strafanstalten zur Aufnahme der zu Zuchthausstrafen Verurteilten, in denen zusammen 21 311 Personen untergebracht waren. Die Verurteilungen zu Freiheitsstrafen sind seit 1882 relativ zurückgegangen. Betrug die Kriminalitätsziffer, d. h. die Zahl der zu Freiheitsstrafen verurteilten auf 100 000 Personen im Alter von über 12 Jahren im Jahre 1882 noch 750,8, so betrug sie im Jahre 1907, dem letzten statistisch erfaßten Berichtsjahr, 589,9, also 22,4 Proz. weniger. Am stärksten ist die Abnahme der Zahl der zu Zuchthausstrafen Verurteilten; sie ist von 13 417 mit einer Kriminalitätsziffer von 42,3 im Jahre 1882 auf 7463 mit einer Kriminalitätsziffer von 17,2 oder um 59,8 Proz. im Jahre 1907 gesunken. Im Durchschnitt wurden in den Jahren 1907 und 1908 in sämtlichen Gefängnissen und Strafanstalten Preußens täglich 21 000 Personen aufgenommen. Im Jahre 1908, dem Jahre der wirtschaftlichen Krise, machte sich ein geringes Anwachsen der Verurteilungen zu Freiheitsstrafen bemerkbar. Die Anstaltsinsassen werden während der Haftzeit mit allerlei Arbeiten beschäftigt. 1908 wurden auch 1131 Gefangene zu Landeskulturarbeiten herangezogen. Die Verwendung zu Arbeiten für Privatunternehmer ist zurückgegangen und zwar von 73 Proz. im Jahre 1868 auf 17,63 Proz. im Jahre 1908. Die den Gefangenen gewährte „Belohnung“ für fleißige und gute Arbeit betrug im Jahre 1908 zusammen 260 203 Mk. Der „Ertrag“ der Gefängnisarbeit wird immer geringer, da für sämtliche für die einzelnen Anstalten geleisteten Arbeiten Arbeitslöhne ganz außer Ansatz bleiben. Für die sonstigen Arbeiten für Reichs- und Staatsbehörden werden pro Arbeitstag 40 Pf., für Privatunternehmer 60 Pf. in Rechnung gestellt. Hieraus ist ersichtlich, welche schweren Schädigungen der Arbeiterschaft aus der Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit entstehen.

Verbandsteil

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat Juni gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:

Für das 1. Quartal 1910: Deggenndorf 45,84 Mk., Frankenthal 2,— Mk., Jeppenheim 43,27 Mk., Plauen 90,10 Mk., Sonneberg 10,20 Mk.

Für das 2. Quartal 1910: Cöln 600,— Mk., Guben 47,90 Mk., Hamburg 5000,— Mk., Leipzig 750,— Mk., Mainz 500,— Mk., München 1200,— Mk., Zwickau 150,— Mk.

Für Kalender: Chemnitz 39,— Mk., Raben 30,— Mk., Plauen 2,— Mk., Einzelmitglieder 3,— Mk.

Für Protokolle: Chemnitz 25,— Mk., Stettin 2,50 Mk.

Für Futterale: Augsburg-Land 2,— Mk., Plauen 3,20 Mk.

Ferner gingen ein: Rinsen 800,— Mk. für Inserate: Chemnitz 4,20 Mk., Dresden 2,40 Mk., Freiburg 1,90 Mk., Bielefeld 7,82 Mk., Arbeiter-Samariterbund 167,40 Mk., Augsburg, Abonnement für die Gewerkschaft 29,75 Mk. Einzelne Nummern der Gewerkschaft 1,30 Mk. Für ein Portobuch von Cöln 2,75 Mk., zurückgezahlte Versicherungsprämie 3,— Mk. Durch Volkmann —,75 Mk.

Von Einzelmitgliedern: *)

Nr.	81 706	4,80 Mk.	Nr.	102 017	4,55 Mk.	Nr.	102 178	8,50 Mk.
	81 783	2,00		102 018	8,20		102 188	5,25
	81 700	1,75		102 019	8,25		102 189	4,90
	81 791	1,60		102 022	2,80		102 205	8,50
	81 792	1,40		102 023	2,00		102 207	8,50
	81 793	2,00		102 041	4,90		102 214	2,00
	81 794	0,80		102 042	6,50		102 216	3,75
	84 298	2,40		102 052	4,55		102 222	4,90
	84 880	10,40		102 057	7,00		102 227	5,00
	84 888	4,80		102 060	8,50		102 236	4,55
	84 460	10,40		102 061	4,55		102 270	4,00
	44 470	1,60		102 066	2,45		102 274	8,50
	44 495	2,50		102 086	4,55		102 287	1,40
	44 496	2,10		102 091	4,20		102 322	5,05
	44 497	2,10		102 094	5,00		102 323	5,50
	44 498	1,30		102 102	4,90		102 324	5,05
	44 499	1,70		102 103	5,00		102 325	8,50
	44 500	0,50		102 113	4,55		102 326	3,50
	47 079	5,20		102 115	2,40		102 327	8,50
	48 189	8,70		102 116	8,50		102 328	8,50
	48 184	4,90		102 119	4,55		102 329	3,50
	49 177	2,00		102 123	3,50		102 330	5,05
	49 179	8,00		102 130	4,90		102 341	5,05
	49 180	2,00		102 137	4,55		102 342	5,70
	49 181	2,00		102 138	3,50		102 343	5,70
	49 182	2,00		102 139	2,50		102 344	8,50
	49 193	0,50		102 145	2,80		102 345	3,50
	49 194	0,90		102 148	4,55		102 346	5,70
	100 351	4,40		102 166	3,50		102 347	5,70
	100 552	4,90		102 173	3,25		Frankfurt a. O.	8,60
	101 010	8,50		102 174	3,25		Nordhausen	2,90
	102 006	2,10		102 175	5,00		Sangerhausen	5,50
	102 008	4,20		102 176	1,40			
	102 014	3,75		102 177	4,55			

*) Es wird gebeten, bei jeder Sendung anzugeben, wofür der Betrag bestimmt ist.

G. Ahmann, Hauptkassierer.

Totenliste des Verbandes.

Johann Mordelmeyer, Münster Stadtgärtner † 8. 8. 1910, 57 Jahre alt.	Alois Burger, Nürnberg Eisenbahnhilfsarbeiter † 11. 8. 1910, 58 Jahre alt.
Karl Seiler, Magdeburg † 5. 8. 1910, 67 Jahre alt.	Gust. A. Grellmann, Dresden Straßenreiner † 14. 8. 1910, 56 Jahre alt.
Josef Rupprecht, München Arbeiter † 10. 8. 1910, 54 Jahre alt.	Heinrich Schriver, Hamburg-Moorwärder Eisereier † 16. 8. 1910, 50 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!